Das

POTENTIEL DE GUERRE

unter besonderer Berücksichtigung der industriellen Produktion.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der akademischen Würde eines

„Doktors der Philosophie"

der Hohen Philosophischen Fakultät

an der

Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen.

Vorgelegt

von

Diplomkaufmann Heinz Presser

Berlin-Dahlem

Juli 1936.

Druck von Hans Zeder, Nürnberg.

Dekan:

Professor Dr. F. Maurer.

Referent:

Professor Dr. Horst Wagenführ.

Inhalt.

I.

Die Entwicklung der Vorstellung „potentiel de guerre".

Als nach den Schüssen von Serajewo im August 1914 die Völker in das größte Ringen der Weltgeschichte eintraten, standen sich Heere gegenüber, deren militärische Mobilmachung bis in die kleinsten Funktionen von ihren Führern vorbereitet war. Die militärischen Pläne lagen für alle Offensivhandlungen seit Jahren fest. Auch Deutschland, das seit dem Jahre 1890 nach Bismarcks Abgang mit dem Zweifrontenkrieg rechnen mußte, zog in den Krieg. Sein Plan ging bekanntlich dahin, auf dem westlichen Kriegsschauplatz eine möglichst schnelle Entscheidung mit der Masse des deutschen Feldheeres herbeizuführen, um dann dem Feind im Osten entgegentreten zu können. Alle Pläne des deutschen Generalstabs beschäftigten sich — ebenso, wie sich später herausstellte, auch die der Feindbundmächte — nur mit den rein militärischen Problemen. Nirgends finden wir, daß wirtschaftliche Probleme, die auf den Verlauf des Krieges eine so entscheidende Wirkung ausüben sollten, in genügendem Maße beachtet werden. Und trotzdem ist aus dem Aufsatz des großen deutschen Generalstabschefs „Der Krieg in der Gegenwart", der 1909 erschien, zu erkennen, daß er bereits einen Zusammenhang zwischen militärischer Kriegführung und wirtschaftlichen Kräften gesehen hat. Denn er schreibt in diesem Aufsatz, daß England den deutschen Handel nicht vernichten kann, ohne den eigenen schwer zu schädigen, da Deutschland für den britischen Kaufmann Konkurrent und Kunde zugleich ist und daher der wohlverstandene Vorteil des Engländers es verlange, Deutschland am Leben zu lassen. Aus diesen Worten geht deutlich hervor, wie der damalige Glaube an die engen Verflechtungen der Weltwirtschaft auch die Militärs in ihrem Denken beherrschte. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn auch die Volkswirtschaft, die ein Kind ihrer Zeit und damit ganz auf die liberalistische Denkweise eingestellt war, sah nicht den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. Für sie gab es nur das eine, daß politische Entscheidungen sich wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen hätten. Alles Denken wurde so stark von dem liberalistischen Grundsatz der größtmöglichen Freizügigkeit der Wirtschaft beherrscht, daß eine jede Regierung in die größten Schwierigkeiten gekommen wäre, wenn sie mit einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen im Frieden die Landesverteidigung hätte unterbauen wollen. Aus diesem Grunde mußte sich, wie Hesse in seinem Buche „Der kriegswirtschaftliche Gedanke" folgert, auch für Schlieffen der Gedankengang ergeben, daß die Wirtschaft nicht im Dienste des Krieges stehen könne, sondern ihm Grenzen setze sowohl hinsichtlich seiner Dauer wie seiner Intensität. Es besteht eine ausgesprochene Abhängigkeit von der Wirtschaft, die nicht als nationale, sondern als Weltwirtschaft gesehen wird. Daher geht seine Gedankenführung auch in der Richtung, daß ein schneller militärischer Sieg notwendig sei, um unüberwindlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Ebenso wie von Schlieffen diesen Gedankengängen der damals allgemein herrschenden Auffassung folgte, so ging es auch allen übrigen Militärs und anderen Autoren, die sich mit der Landesverteidigung beschäftigten. Die einzigen wirtschaftlichen Fragen, mit denen man sich beschäftigte, waren Kriegsfinanzierung und Volksernährung im Kriegsfalle. Aber auch diese Gebiete wurden nur in dem Geiste, der für diese Zeit maßgebend war, behandelt. Wohl

fehlte es nicht an Warnern in dieser Zeit. General von Blume weist in seinem Buche „Die Grundlagen unserer Wehrmacht“ wohl auf die wirtschaftlichen Hilfskräfte hin, aber das Schwergewicht liegt auch bei ihm auf anderem Gebiete. Allerdings wendet er sich gegen die Auffassung, daß die gesteigerte Empfindlichkeit des Wirtschaftslebens durch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen eine schnelle Kriegsentscheidung herbeiführen müsse. Noch stärker als er macht General von Bernhardi in seinem Buch „Vom heutigen Kriege“ darauf aufmerksam, daß in einem Kriegsfalle sich entscheidende Eingriffe in die Wirtschaft als unbedingt notwendig erweisen müssen. Er spricht davon, daß eine große Zahl von Arbeitskräften der Wirtschaft entzogen würde und „eine ungeheure Erschütterung des ganzen wirtschaftlichen Lebens stattfinden muß, die einen umso verderblicheren Umfang annehmen wird, je ungünstiger die Operationen verlaufen“.

Auch die Volkswirtschaftler haben nur sehr vereinzelt sich mit den wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. H. Dietzel behauptet in „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft“, daß für Deutschland die Gefahr eines Aushungerns nur überaus gering sein könne, denn die Fülle der Zufahrtswege nach Deutschland wird einen solchen Versuch der Feinde von vornherein scheitern lassen. Er gibt jedoch zu, daß es möglich werden könnte, das deutsche Volk durch Hunger zu besiegen, falls England mit Frankreich und Rußland im Bunde wäre und die Zufahrtswege über Oesterreich, Italien, die Schweiz, Holland und Belgien und alle übrigen Nachbarländer Deutschlands gesperrt sein sollten. Noch stärker tritt bei Völcker in „Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfalle“ der Gedanke einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung zutage. Er überprüfte die verkehrsgeographische und wirtschaftspolitische Lage Deutschlands und stellte fest, daß sie wohl weltwirtschaftlich günstig, im Falle des Mehrfrontenkrieges aber außerordentlich gefährdet sei. Aus diesem Grunde stellte er die Forderung nach einer Untersuchung über agrarische wie industrielle Rohstoffversorgung, über die Güterverarbeitung und ihren Umlauf im Kriegsfalle auf. Ihm stimmte A. Dix in seinem Buche „Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden“ völlig zu. Für diesen ist der Gegensatz und damit eventuell ein bewaffneter Konflikt zwischen Deutschland und England die entscheidende Tatsache. Aber er folgert noch nicht daraus, daß ein Krieg unbedingt notwendig sei. „Die staatliche Organisation ist nicht in erster Linie eine Organisation für den Krieg, sondern eine Organisation für die Wirtschaft, die ihre wirtschaftlichen Interessen im Notfalle durch den Krieg wahren muß.“ Wenn aber trotzdem ein Krieg ausbrechen sollte, so wird das Endziel der Gegner Deutschlands „naturgemäß die wirtschaftliche Lahmlegung unseres Reiches und Volkes“ sein. Bei ihm tritt also bereits der Gedanke zutage, daß der Krieg nicht nur auf die wirtschaftliche Macht des eigenen Landes gestützt, sondern gleichzeitig Krieg gegen die Wirtschaft des feindlichen Landes ist, wie ja auch der Wirtschaftskrieg als Mittel der militärischen Kriegführung nicht ein Kind des 20. Jahrhunderts ist. Es soll hier nur an das Aushungern von Festungen zu allen Zeiten der Geschichte und an die Kontinentalsperre erinnert werden; letztere setzte Napoleon als Kampfmittel gegen England ein, um das für ihn auf Grund seiner Flottenüberlegenheit militärisch nicht besiegbare Land durch wirtschaftliche Maßnahmen zum Nachgeben zu zwingen. Daß allerdings ein Wirtschaftskrieg derart rigoros und mit neuartigen Mitteln geführt werden könnte, wie es die Feindbund-

mächte gegen Deutschland und die Verbündeten getan haben, haben alle fanatischen Anhänger der liberalistischen Weltwirtschaftsidee nicht für möglich gehalten. Gelang es doch, nicht nur die Zufuhr nach Deutschland aus Uebersee gänzlich zu blockieren, sondern sogar an Deutschland grenzende oder nur durch verhältnismäßig geringe Seestrecken entfernte Länder, wie die skandinavischen Staaten, durch wirtschaftliche Druckmittel so einzuschüchtern, daß sie nicht wagten, mit Deutschland in größere Handelsbeziehungen zu treten.

Durch die gänzlich neue Art der Kriegführung, die sowohl auf dem wirtschaftlichen wie auf dem militärisch-technischen Gebiet einsetzte und auf letzterem besonders durch den ungeheuren Materialverbrauch zum Ausdruck kam, machte sich schon in kurzer Zeit nach Kriegsausbruch der immer stärker werdende universelle Charakter des Krieges bemerkbar. Es war nicht mehr ein Kampf der Heere, sondern ein Kampf der Völker, der sowohl unbarmherzig in das Leben des kämpfenden Mannes, als auch in die Lebensweise der Frauen und Kinder in der Heimat eingriff. Und jetzt, von der bitteren Notwendigkeit gezwungen, entschlossen sich die verantwortlichen Kreise der politischen und militärischen Führung, in das freie Spiel der Wirtschaft einzugreifen. Es zeigte sich, daß es in diesem Kriege, der in jedem Jahr immer stärker den Charakter eines totalen Krieges bewies, fast kein einziges Lebensgebiet des Volkes gab, das nicht für die Kriegführung und für die Organisation aller Kräfte der deutschen Nation notwendig war und daher von der Führung erfaßt und in die richtigen Bahnen gelenkt werden mußte.

Durch die gemachten bitteren Erfahrungen belehrt, war man sich in den letzten Kriegsjahren darüber einig, daß die liberalistische Wirtschaft durch die enge Verflechtung mit der Weltwirtschaft keine genügende Sicherung eines nationalen Existenzkampfes sein könne. Auf allen Gebieten der industriellen Produktion hatte es sich gezeigt, daß durch die aufgezwungene plötzliche Rohstoffwirtschaft der Ausfall der ausländischen Zufuhr und der natürliche Rückgang der Produktion infolge Beanspruchung von personellen und materiellen Kräften für die unmittelbare Kriegführung nicht überwunden werden konnte. Aus dieser Erfahrung heraus mußte sich die Forderung nach einer bewußten Gestaltung der Wirtschaft durch den Staat auch bereits in Friedenszeiten unter Berücksichtigung eventueller Kriegsfälle zwangsläufig als neue Anschauung ergeben.

Im Auslande wurden nach dem Kriege die Erfahrungen, die man in den Jahren 1914—1918 gemacht hatte, für den Ausbau der Landesverteidigung weitgehend nutzbar gemacht. Für Deutschland ergab sich jedoch auf Grund des Versailler Diktates eine derartige Möglichkeit nicht. Die deutsche Industrie war durch den Friedensvertrag fast vernichtet, da die Feindbundmächte diese willkommene Gelegenheit benutzten, einen möglichst großen Teil als Rüstungsbetriebe zu bezeichnen und zur Umstellung zu zwingen. Auf diese Weise waren die betreffenden deutschen Unternehmungen auf längere Zeit vom Weltmarkt verbannt. Aber selbst als sich die deutsche Industrie langsam erholte, hatte sie unter den wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages so zu leiden, daß es nicht möglich gewesen wäre, sie für die notwendigen Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Außerdem muß festgestellt werden, daß Deutschland wieder, trotz der Erfahrungen des großen Krieges, in die alte liberalistische Denkweise verfiel und wiederum der Wirtschaft das Primat vor der Politik einräumte.

Deutschland versuchte, nachdem es seine politische Macht eingebüßt hatte, durch Erringung von wirtschaftlicher Macht den Staat zu festigen. Erst die nationalsozialistische Erhebung im Jahre 1933 und das Sprengen der letzten Fesseln von Versailles im März 1936 machen den Weg für Deutschland frei, den andere Staaten jetzt schon über 1 Jahrzehnt verfolgen, nämlich: alle produktiven Kräfte der Nation unter dem Gesichtspunkt des totalen Krieges zu mobilisieren. Darin zeigt sich am deutlichsten, wie stark sich die Idee vom totalen Kriege entwickelt hat und wie stark alle Glieder des menschlichen Lebens in einem Staate und alle wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen dieser beherrschenden Idee untergeordnet und ihr dienstbar gemacht werden müssen.

II.
Begriff und Wesen des „potentiel de guerre".

Deutschland war auf Grund des Versailler Diktates, seiner politischen Zerrissenheit und der kleinen Wehrmacht praktisch waffenlos. Trotzdem versuchte Frankreich seine übermäßigen Rüstungen unter Hinweis auf die Gefährlichkeit Deutschlands zu motivieren. Als die Gefahr immer größer wurde, daß sich Frankreich selbst bei seinen engsten Freunden auf den Abrüstungskonferenzen in Genf mit dem Hinweis auf diese Gefährlichkeit Deutschlands lächerlich machen würde, rückte es mit ganz neuen Argumenten und einem speziellen Begriff ins Treffen. Dieser Begriff war das potentiel de guerre und sein Erfinder, Paul-Boncour, wollte damit behaupten, daß Deutschland in Wirklichkeit eine viel größere Macht im militärischen Sinne darstelle, als durch das 100 000 Mann-Heer offensichtlich sei. Nach Major Rohde ist das potentiel de guerre der Inbegriff einer Reihe von Faktoren, die im Verlauf eines Krieges die Kriegskraft eines Landes zu beeinflussen vermögen, ohne daß dieser Einfluß jedoch zahlenmäßig festgesetzt oder auch nur einigermaßen genau abgeschätzt werden kann. Zu diesen Faktoren zählen vor allem die geographische Lage eines Landes und seine Grenzverhältnisse, seine Größe, Gestalt, Lagerung und Bodenbeschaffenheit, seine Bündnislage und Bündnismöglichkeit und seine wirtschafts-, verkehrs- und finanzpolitische Lage. Major Rohde sagte zu diesem Begriffe weiter, daß Paul-Boncour damit „einen äußerst handlichen Fachausdruck für das erfunden habe, was die Franzosen meinen, wenn sie nicht nur unsere Bewaffnung, sondern auch unsere Lebenskraft kontrollieren wollen".

Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß Deutschland beim Kampf um sein Recht auf den Abrüstungskonferenzen diesem potentiel de guerre das potentiel de paix gegenüber gestellt hat. Dieser Begriff umschließt nach deutscher Auffassung alle bereits im Frieden für den Krieg bereitgestellten meßbaren Kräfte. Deutschland wollte damit sagen, daß Frankreich, das auf Grund seiner ungeheuren Rüstungen ein starkes potentiel de paix hatte — und auch heute noch hat —, auf keinen Fall ein zu damaliger Zeit von ihm konstruiertes, überlegenes potentiel de guerre Deutschlands als Anlaß für weitere Rüstungen nehmen könne. Das potentiel de guerre ist zu einem feststehenden Begriff geworden. Begriffe werden von dem Volkswirtschaftler nicht um ihrer selbst willen geprägt, sondern sie sollen ihm als Handwerkszeug dienen. Das, was für andere Wissenschaftler das Mikroskop oder die mathematische Formel als Hilfsmittel zur Forschung darstellt, das ist der Begriff für den Nationalökonomen.

Man unterscheidet in der allgemeinen Volkswirtschaftslehre drei Arten von Begriffen: Substanz-, Funktions- und Potenzbegriffe.

Friedrich List hat als erster erkannt, daß derartige Möglichkeiten in der Nationalökonomie von ausschlaggebender Bedeutung sind, ohne sich jedoch über das Wesen des Potenzbegriffes im klaren zu sein (die Unterscheidung in Substanz-, Funktions- und Potenz-Begriff traf H. Wagenführ).

Friedrich List hat durch seine Theorie der produktiven Kräfte gezeigt, daß der Reichtum einer Nation nicht in ihren natürlichen Reichtümern begründet liegt, sondern in der Fähigkeit, Reichtümer zu schaffen. Er sagt: „Die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist unendlich wichtiger als der Reichtum selbst; sie verbürgt nicht nur den Besitz und die Vermehrung des Erworbenen, sondern auch den Ersatz des Verlorenen.“[1])

Danach kann der wirkliche Reichtum einer Nation nicht in materiellen Gütern bestehen, die sie durch Naturgegebenheit in ihren Grenzen besitzt oder die eine frühere Generation erworben hat, sondern nur in der schöpferischen Kraft ihres Volkes, neue Reichtümer zu erwerben. Diese Fähigkeit einer Nation liegt nach List in den produktiven Kräften begründet. Produktive Kräfte sind nach seiner Anschauung alle geistigen und körperlichen Güter, die es in einer Nation überhaupt gibt.

List zählt z. B. auf: „Die produktiven Kräfte der Völker sind nicht allein durch Fleiß, Sparsamkeit, Moralität und Intelligenz oder durch den Besitz von Naturfonds und materiellen Kapitalien bedingt, sondern auch durch die gesellschaftlichen, politischen und bürgerlichen Institutionen und Gesetze, vor allem aber durch die Garantie der Fortdauer, Selbständigkeit und Macht ihrer Nationalität“.[2])

Weiterhin stellt er fest: „Die christliche Religion, die Monogamie, die Abschaffung der Sklaverei und Leibeigenschaft, die Erblichkeit des Thrones, die Erfindung der Buchstabenschrift, der Presse, der Post, des Gewichtes und Maßes, des Kalenders und der Uhren, die Einführung des freien Grundeigentums und die Transportmittel sind reiche Quellen der produktiven Kraft.“[3])

List geht bei der Definition des Begriffes „produktive Kraft“ unseres Ermessens zu weit, da er alle Faktoren, die irgendwie auf das Leben einer Nation einwirken können, dazu rechnet. Man darf zu diesem Begriff aber nur die Faktoren rechnen, die unmittelbar dem menschlichen Einfluß unterliegen und durch die produktive Kraft zugunsten des Nationalreichtums einer Nation beeinflußt werden können. Man muß daher grundsätzlich unterscheiden zwischen produktiven Kräften und Mitbedingungen der Produktion. Lütke spricht seine Stellungnahme zu diesem von List zu weit gefaßten Begriff folgendermaßen aus: „Nicht alle Produktionsbedingungen sind Produktivkräfte. Das entscheidende Kennzeichen zur Bestimmung der produktiven Kräfte ist die menschliche Handlung; nur diejenigen Mithilfen und Bedingungen der Produktion können Produktivkräfte genannt werden, die in irgendeiner Form der Beeinflussung durch menschliches Handeln unterliegen. Die führende Handlung ist die zentrale Erscheinung im Bereiche der gesamten Kultur und damit auch des Wirtschaftslebens. Ihr gegenüber

[1]) „Das nationale System“, S. 173.

[2]) Ebda, S. 51.

[3]) Ebda, S. 178.

nehmen alle übrigen Handlungen und die ganze Sachwelt Funktionscharakter an. Damit können auch produktive Kräfte, die ja nur im Bereich der durch Menschenwerk gebildeten und geformten Wirtschaft auftreten, nur die Erscheinungen sein, die der menschlichen Gestaltungskraft zugeschrieben werden können.

So scheiden erstens alle nicht beeinflußbaren naturgegebenen Mitbedingungen der Produktion aus dem Bereich der Produktivkräfte aus; und zweitens ist damit dargetan, daß Substanzen an sich nie produktive Kräfte sind.....

.... Mitbedingungen der Produktion, aber keine Produktivkräfte, sind z. B. das Klima, als unbeeinflußbare Naturkraft, und ferner der Grund und Boden als Substanz. Beispiele für Produktivkräfte dagegen sind die Erziehung, Laboratorien, Landwirtschaftsschulen, die u. a. die Kenntnisse zur Beeinflussung und Gestaltung des Boden aufspeichern und vermitteln." [1])

Nach H. Wagenführ ist d e r typische Potenzbegriff der Begriff der produktiven Kräfte. Ein weiterer Potenzbegriff ist das „potentiel de guerre", da es ebenfalls eine Möglichkeit oder Bereitschaft ausdrückt. Die systematische Abgrenzung dieser Potenzbegriffe stößt auf große Schwierigkeiten, da ihnen leicht Faktoren zugerechnet werden, die nur Mitbedingungen sind. Beide Begriffe „produktive Kraft" und „potentiel de guerre" müssen von solchen Faktoren scharf getrennt werden, die lediglich „Mitbedingungen" sind. Ebenso wie der Begriff der produktiven Kräfte von „den Mitbedingungen der Produktion" getrennt werden muß, muß der Begriff des potentiel de guerre von den Elementen gereinigt werden, die man ebenfalls als Mitbedingungen ansehen kann, die aber nicht zu diesem Begriff gehören können, da sie nicht unmittelbar dem menschlichen Einfluß unterliegen; z. B. Boden, wirtschaftliches Gut und Ware; sie sind immer durch Realien dargestellt. Funktionsbegriffe dagegen drücken stets eine Beziehung aus. So z. B. ist der ökonomische Wert ein Funktionsbegriff, denn er drückt die Beziehung zwischen Subjekt und Objekt aus, d. h. der Wert eines Objekts liegt nicht in dem Objekt selbst, sondern er kommt erst zustande, indem das Subjekt dem Objekt auf Grund seines Bedürfnisses einen bestimmten Wert beimißt. Potenzbegriffe sind solche, deren Wesen in einer Möglichkeit oder Bereitschaft begründet ist. Friedrich List machte als erster auf den Potenzbegriff aufmerksam, für ihn ist die produktive Kraft d e r Potenzbegriff. Der Völkerbund schickte einen Fragebogen an die Mitgliedstaaten, in dem die einzelnen Bestandteile des potentiel de guerre enthalten waren und über deren Meß- bezw. Vergleichbarkeit die Staaten ihr Urteil abgeben sollten. Ein Teil des Genfer Fragebogens lautete:

Kräfte und Kriegsmittel.

A) **Engeres Leistungsvermögen.**	erfaßbare	vergleichsfähige
I. Flächeninhalt in Beziehung zur	1	—
II. Volkskraft für Friedens- und Kriegsstärke, Gehalt und Ausbildung der Wehrmacht	—	
a) Zahl, Dichte und Verteilung der Männer und Frauen, auswärtige Teile und Ueberſee. Zu- und Abnahme .	1	—
b) Ausnützungsgrad für Wehr- und Arbeitsdienst		
1. Alter	1	

[1]) Lütke „Theorie der produktiven Kräfte", S. 100/101.

2. körperliche Tauglichkeit	—	1*)
3. geistiger, staatsbürgerlicher, besonders kriegerischer Wert	—	1*)
4. Bildung und Berufsschichtung	—	1
III. Materielle Hilfsmittel für Bewaffnung und Ausrüstung, Versorgung und Verkehr der Wehrmacht	1	1
a) Finanzen (Volksvermögen, Geld und Kredite), Wehrausgaben	1	—
b) im Frieden vorhandenes Kriegsmaterial einschließlich Verkehrsmittel für Massentransporte und Heeresfahrzeuge	1	—
c) Grad der Selbstversorgung für Vorbereitung des vollen Kriegsbedarfs nach Mengen und Zeitfristen		
1. Tiere, Roh- und Ersatzstoffe	—	1
2. Umstellung der Industrie und Massenverkehrsmittel	—	1
3. Volksernährung	1	1
B. Wehrgeographische Verhältnisse.		
Verkehrsnetz und Beförderungsmöglichkeiten	1	1
Künstliche Reichsbefestigungen	1*)	1*)
Verbindung über See (Blockade)	—	1*)
Wehrpolitische Sicherheiten: nur Zwangsverträge und Rüstungsbeschränkungen, nicht die Innenlage (Wehrwille, Wehrverfassung), ebenso wenig die außenpolitische Lage		1*)
C) Unabwägbarkeiten in einem Kriege.	—	—

Die in den Spalten erfaßbar und vergleichsfähig mit einem *) bezeichnten Angaben wurden in einer längeren Diskussion in dem Seminar „Wehrpolitische Uebungen", das von Professor Dr. Wagenführ und Dr. Blau an der Universität Erlangen geleitet wird, als nicht erfaßbar bezw. vergleichsfähig festgestellt. „Erfaßbar" wird in diesem Genfer Fragebogen = meßbar bezeichnet. Ueberhaupt soll nach Ansicht der Völkerbundskommission zum potentiel de guerre nur das gerechnet werden, was meßbar ist. Diese Ansicht ist jedoch nicht haltbar, da dabei die qualitativen Kräfte eines Volkes, wie z. B. Bildung, Charakter usw., ausgeschaltet würden. Diese gehören aber zweifellos zu den produktiven Kräften eines Volkes und würden auch im Falle eines Krieges wesentlich zur Stärkung des nationalen Widerstandes beitragen. Wie schon oben gesagt, soll zu dem Begriff produktive Kraft nur das gerechnet werden, was durch menschliche Tätigkeit verkörpert wird bezw. was so dem menschlichen Einfluß unmittelbar unterliegt. Ebenso muß man den Begriff des potentiel de guerre abgrenzen. Ihm dürfen nur die produktiven Kräfte einer Nation zugerechnet werden, die dem unmittelbaren Einfluß menschlicher Tätigkeit unterliegen und zwar davon wieder nur diejenigen, welche für die Führung eines Krieges von Bedeutung sind. Alle anderen Faktoren aber, die wohl bei der Kriegführung eine Rolle spielen, aber dem menschlichen Einfluß nicht unterliegen, dürfen nur als Mitbedingungen des potentiel de guerre analog der Abgrenzung des Begriffes produktive Kraft in Erwägung gezogen werden. Aus dieser begrifflichen Klärung des potentiel de guerre geht hervor, daß es praktisch gleich der produktiven Kraft eines Volkes zu setzen ist abzüglich der Faktoren, die wohl sonst im Leben eines Volkes eine Rolle spielen, jedoch im Kriegsfalle nicht von Bedeutung sind.

Ein typisches Beispiel sowohl für die Mitbedingung der produktiven Kraft wie des potentiel de guerre ist das Klima eines Landes. Hier soll besonders die Abhängigkeit der Ernährungsgrundlage eines Volkes von den klimatischen Verhältnissen beleuchtet werden. Es steht fest, daß menschlicher Einfluß das Klima unmittelbar nicht zu beeinflussen vermag, jedoch hat andererseits menschliche Arbeit es zustande gebracht, in Landstrichen, in denen noch vor wenigen Jahrzehnten z. B. der Anbau von Getreide auf Grund klimatischer Verhältnisse undenkbar war, durch Entdeckungen und Erfindungen einen Anbau zu ermöglichen. In Kanada wächst heute Weizen, wo sich früher nur für den menschlichen Bedarf unbrauchbares Grasland und Steppe breitete. Durch Züchtung frostsicheren Saatgutes und schneller reifenden Weizens wurden diese Gebiete der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht.

Es wurde weiter oben von dem Verfasser bereits darauf hingewiesen, daß es der totale Krieg notwendig macht, daß alle Kräfte eines Volkes mobilisiert werden, um einem heutigen Krieg mit seinem universellen Charakter gerecht werden zu können. Alle produktiven Kräfte eines Volkes müssen eingesetzt werden, um die Nation zum größtmöglichen Widerstande befähigen zu können.

List hat bereits erkannt, daß eine Nation nur das Höchstmögliche erreichen kann, wenn sie alle diese Kräfte zu einer schöpferischen Einheit und Verbindung in der National-Produktivkraft werden läßt.[1]) Innerhalb der Nation muß eine angemessene Teilung und ein entsprechendes Zusammenwirken der Produktionsbedingungen stattfinden: „Ohne Nationaleinheit und ohne nationale Teilung der Arbeit und nationale Konföderation der produktiven Kräfte wird die Nation nie einen hohen Grad von Wohlstand und Macht erlangen oder sich den fortdauernden Besitz ihrer geistigen, gesellschaftlichen und materiellen Güter sichern." In noch stärkerem Maße als in der Teilung der Arbeit liegt die Produktivität „in der geistigen und körperlichen Vereinigung der Individuen zu einem gemeinschaftlichen Zweck". Die für eine Nation günstigste Teilung und Vereinigung der Produktivkräfte besteht, „wenn in der Nation die geistige Produktion mit der materiellen in richtigem Verhältnis steht, wenn Ackerbau, Gewerbe und Handel in der Nation gleichmäßig und harmonisch ausgebildet sind".[2])

Danach wird die Nation am reichsten sein, d. h. nach List's Anschauung in der Lage sein, Reichtümer zu erwerben, die die produktiven Kräfte in einem richtigen Verhältnis in ihrem Volke hat und sie durch richtige Kombination miteinander in ihren Dienst zu stellen vermag. Lütke schreibt dazu: „Besonders produktiv aber ist ein richtiges Entsprechungsverhältnis der Produktionsmittel und Produktionsbedingungen innerhalb der Fabriken, der Fabrikgattungen, Wirtschaftszweige und schließlich der ganzen Nation. Die Produktivität jedes Individuums innerhalb der Volkswirtschaft und deren einzelnen Gebilden beruht darauf, daß die Tätigkeit aller Individuen in richtigem Verhältnis stehen. List veranschaulicht einmal das schöpferische und produktive Wesen eines gut ausgeglichenen Entsprechungsverhältnisses, indem er eine vollkommene Nation, die alle Produktivkräfte harmonisch entwickelt hat, mit einer vergleicht, die dieser Harmonie ermangelt, die es unterlassen hat, neben der Landwirtschaft auch die anderen Wirtschaftszweige entsprechend zu entfalten."[3]) Lütke zitiert dazu List: „Eine

[1]) Lütke „Theorie der produktiven Kräfte", S. 46.
[2]) List „Das nationale System", S. 27.
[3]) Lütke „Theorie der produktiven Kräfte", S. 49.

so unvollkommene Nation wird nicht bloß um die Hälfte weniger produktiv sein, als eine vollkommene Nation; bei gleich großem und viel größerem Territorium, bei gleich großer und viel größerer Volkszahl wird ihre Produktivkraft vielleicht kaum den fünften, vielleicht kaum den zehnten Teil derjenigen materiellen Reichtümer schaffen können, die eine vollkommene Nation zu schaffen vermag, und zwar aus demselben Grund, aus welchem in einer sehr komplizierten Fabrik zehn Personen nicht bloß zehnmal, sondern vielleicht dreißigmal mehr als eine produzieren, aus demselben Grund, weswegen ein Mann mit einem Arm nicht bloß die Hälfte, sondern unendlich weniger arbeiten kann, als ein Mann mit zwei Armen."[1])

Daraus geht hervor, daß die Nation am befähigsten sein muß, Reichtümer zu erwerben, bei der ein günstiges Verhältnis zwischen den einzelnen Faktoren der produktiven Kraft herrscht und die es versteht, diese Faktoren in harmonischer Weise zu kombinieren. Da nun aber auf Grund der oben angeführten begrifflichen Erklärung das potentiel de guerre alle die produktiven Kräfte umfaßt, die speziell in einem möglichen Kriege von Bedeutung sind, ist es offensichtlich, daß auch diejenige Nation widerstandsfähiger und mächtiger sein wird, die ein möglichst hohes potentiel de guerre besitzt.

Das potentiel de guerre setzt sich aus einer Anzahl von Faktoren zusammen ebenso wie der Begriff der produktiven Kräfte, und ebenso, wie bereits List bei der produktiven Kraft eine notwendige Harmonie der einzelnen Faktoren zu einander für erforderlich erkannt hat, wenn eine Nation in der Lage sein soll, ihre höchste Produktivität zu enthalten, müssen auch die Faktoren des potentiel de guerre zu einander in einem entsprechenden Verhältnis stehen, wenn ein Volk die schärfste Form seines Existenzkampfes — nämlich den bewaffneten Kampf gegen einen äußeren Feind — erfolgreich bestehen soll.

Da, wie gezeigt, das potentiel de guerre aus einer Anzahl von Faktoren besteht, liegt die Vermutung nahe, daß das potentiel de guerre eine Summe von Faktoren ist. Ein derartiger Schluß wäre aber falsch, da er in keiner Weise dem Wesen des potentiel de guerre gerecht werden würde. Denn es ist viel mehr als eine Summe von Faktoren, es ist eine Ganzheit im Sinne der von O. Spann gegebenen Definition dieses Begriffes. O. Spann definiert den Begriff der Ganzheit folgendermaßen[2]):

„Ganzes oder Ganzheit ist nicht Vollzähligkeit der Teile, sondern Gegliedertheit der Teile. Denn wenn die Ganzheit nicht vollzählig ist, so wird sie zwar schadhaft und gestört sein, aber sie kann immer noch eine Ganzheit und keine Summe, keinen Haufen bilden, wie die Hand mit vier Fingern, das Regiment ohne den Trompeter, die Fabrik, deren Buchhalter erkrankte. Das Gegenteil der Ganzheit ist ferner nicht Geteiltheit, wie Halbheit, Viertelheit, Tausendstelheit usw., denn ein Halbes oder Tausendstel kann noch immer etwas Gliedhaftes, Ganzheitliches an sich haben, es kann das unvollzählige Ganze, das geschädigte, zerstückelte, das schwache Ganze sein. Z. B. kann ein halber Baum noch ganz gut blühen, ein Tausendstel Baum, wenn als Zweig in die Erde gesteckt, vielleicht Wurzel fassen und leben; aber auch als Zweig selbst betrachtet ist er immerhin noch von der Art, noch ein Teil echter Ganzheit, ob er nun später weitergrünen oder verdorren wird. Das Gegenteil von Ganzheit ist vielmehr:

[1]) List „Das nationale System", S. 191.
[2]) O. Spann: Kategorienlehre S. 85/86.

das bloße Nebeneinander, das Unverbundene, alles das, was bloß Haufen, Summe, Aggregat, mit einem Wort Ungegliedertes ist. Ganzheit ist das Gegliederte, Unganzheit das Ungegliederte, Ganzheit ist das Mit- und Ineinander, Unganzheit das bloße Nebeneinander oder mechanische Nacheinander, das Stückwerk. Halbheit oder Geschädigtheit ist also noch nicht das Gegenteil von Ganzheit und ebenso ist Vollzähligkeit kein Merkmal der Ganzheit. (Dagegen wäre Unversehrtheit das Merkmal vollkommener Ganzheit.) Dies zusammengefaßt, ergibt sich endlich: Ganzes oder Ganzheit ist nicht die Summe der Teile, sondern mehr als diese Summe, ja etwas grundsätzlich Anderes, was sie jeweils zum Ganzen macht gegenüber einer bloßen Anzahl, Zusammenstellung, Gehäuftheit. Daher ist der Organismus mehr als eine Summe von Zellen. Daher ist der Staat mehr als eine Summe von Menschen, die Familie mehr als eine Summe von Menschen, das Heer mehr als eine Summe von Menschen, der Haushalt mehr als eine Summe von Menschen, die Fabrik mehr als eine Summe von Menschen, das Haus mehr als eine Summe von Ziegelsteinen. Die Ganzheiten „Staat", „Familie", „Haushalt", „Armee", „Fabrik", „Markt", „Haus" sind gerade das, was die Summe der Bestandteile überhaupt gar nicht ist. „Zimmer" sind ganz etwas anderes als Ziegelsteine; und Mensch als „Staatsbürger", als „Familienmitglied", als „Haushälter", als „Krieger", als „Fabriksleiter" ist etwas anderes wie der einzelne Mensch an sich, nämlich wie der physiologische Körper „Mensch"."

Und ebenso wie „Familie" und „Staat" eine Ganzheit sind, die sich nicht durch die Summierung der Menschen ergibt, sondern erst durch die harmonische Verbindung und das Zusammenarbeiten dieser, so ist auch das potentiel de guerre nicht eine Summe seiner Faktoren, sondern wird als eine Ganzheit geboren, wenn die einzelnen Faktoren harmonisch und sinnvoll kombiniert werden. Ebenso geht das potentiel de guerre als Ganzheit nicht unter, wenn ein Faktor fehlt oder teilweise oder ganz vernichtet wird. Wohl wird es als Ganzheit in seiner Wirkung geschwächt, aber es bleibt doch mit allen seinen Auswirkungen auf die Widerstandskraft eines Volkes bestehen.

Es muß nun grundsätzlich festgestellt werden: Wenn einer der Faktoren des potentiel de guerre besonders ungünstig gelagert ist, so kann er nicht völlig durch die besonders günstige Gestaltung eines andern ausgeglichen werden, sondern dieser ungünstig gestaltete Faktor wird immer eine Schwäche im potentiel de guerre der betreffenden Nation sein. Es ist nicht möglich, einen Faktor durch einen anderen ganz zu substituieren. Der Grund für diese fehlende Substituierbarkeit eines Potentialfaktors durch den anderen liegt in dem hohen qualitativen Unterschied der einzelnen Faktoren. So kann es z. B. nicht gelingen, die Mängel, die eine zu kleine Bevölkerungszahl mit sich bringt, durch eine hochwertige Erziehung der Bevölkerung, vor allen Dingen in der Jugend, auszugleichen. Wohl kann es gelingen, aus solchem Volke eine schlagkräftige und durch hervorragende Erziehung auf höchstem Ausbildungsstand befindliche Armee zu schaffen. Aber in einem bewaffneten Konflikt würde es sich zeigen, daß dieses Volk in einem modernen Kriege mit seinen riesigen Verlusten an Menschen und Material kaum in der Lage sein dürfte, die Verluste an beiden zu ersetzen, zumal es zuerst noch verfügbare Menschen dazu benutzen müßte, die Verluste des Feldheeres aufzufüllen, damit der Feind von dem eigenen Lande ferngehalten werden kann. Aus diesem Grunde müßten die Produktionsstätten aber Arbeiter abge-

ben, die sich durch ihr Fehlen an den Maschinen bald in der sinkenden Produktionsziffer bemerkbar machen würden, wodurch die Katastrophe für das betreffende Volk infolge des knapper werdenden Materialersatzes bedrohlich näher rückt.

Aus dem Angeführten geht hervor, daß das potentiel de guerre eine Ganzheit ist, die für ein Volk im Falle eines Krieges von entscheidender Bedeutung sein muß, wobei es darauf ankommt, daß die einzelnen Faktoren in einem richtigen Verhältnis zu einander stehen, da nicht ein Faktor durch den anderen substituierbar ist. Daher kann der Verfasser nicht mit der herrschenden Anschauung über die einzelnen Faktoren des potentiel de guerre conform gehen.

Major Rohde verlangt, daß zu den Faktoren des potentiel de guerre zu zählen sind die geographische Lage eines Landes, seine Gestalt, Lagerung und Bodenbeschaffenheit und seine wirtschafts-, verkehrs- und finanzpolitische Lage. Die ersten vier Punkte kann der Verfasser auf Grund der oben angegebenen Definition der Eigenart des potentiel de guerre nicht als Potentialfaktoren anerkennen, da sie Naturgegebenheiten darstellen und somit nicht dem unmittelbaren menschlichen Einfluß unterliegen. Damit will aber der Verfasser nicht die Bedeutung dieser Faktoren für die Landesverteidigung verneinen. Lediglich die begriffliche Erklärung des potentiel de guerre erfordert eine scharfe Trennung zwischen wirklichen Potentialfaktoren und Mitbedingungen des potentiel de guerre, wenn dieses zu einem zu positiver Arbeit befähigenden Begriff werden soll. Da es offensichtlich ist, wie groß die Vorteile der günstigen geographischen Lage eines Landes gegenüber einem in diesem Punkte von Natur aus benachteiligten Lande in einem Kriege sein können, so muß auch die große Bedeutung derartiger „Mitbedingungen" anerkannt werden. Da sie aber dem menschlichen Einfluß nicht unterliegen, können sie auch nicht auf Grund der oben gegebenen begrifflichen Erklärung zum potentiel de guerre gerechnet werden. Den wesentlichen Faktor des potentiel de guerre, der allerdings als solcher bereits wieder ein Sammelbegriff ist, stellt die Bevölkerung eines Landes dar. Die in ihr ruhenden produktiven Kräfte sollen daher in ihren Auswirkungen auf das potentiel de guerre untersucht werden.

III.

Das „potentiel de guerre" unter besonderer Berücksichtigung der industriellen Produktion.

a) Einfluß der Bevölkerung.

Als nach dem Weltkriege die Technisierung der Heere einen immer stärkeren Umfang annahm und außerdem die Frage „Berufsheer oder allgemeine Wehrpflicht" auftauchte, mußte das Problem prinzipiell angepackt werden, ob es im Zeitalter des totalen Krieges besser sei, eine größere oder eine kleinere Bevölkerungszahl innerhalb der Staatsgrenzen zu haben. Helle und Ache haben in ihrem Buche „La défense nationale et ses conditions modernes" diese Frage angeschnitten. Die eine Ansicht geht dahin, daß es günstiger ist, eine weniger zahlreiche Bevölkerung zu haben. Die Verfechter dieser Meinung führen dafür folgende Gründe ins Feld. Ein moderner Krieg mit seinem bis ins feinste durchkonstruierten Waffenwesen verlangt für die Bedienung der modernen

Kriegsmaschinen eine derartige technische Durchbildung und Vervollkommnung der Mannschaften, daß es unmöglich ist, im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht eine große Anzahl von jungen Menschen innerhalb einem oder zweier Jahre mit ihrer Bedienung und Beherrschung vertraut zu machen. Außerdem wird der Mensch in immer weitgehenderem Maße durch die Maschine ersetzt, im Feldheer wie auch in der Industrie. Dieser Ansicht entspricht auch völlig der Gedanke der „cadres", die eine bis ins kleinste durchgebildete Truppe von Berufssoldaten darstellen und die auf Grund ihrer technischen und qualitativen Ueberlegenheit an Menschenmaterial den Feind zerschlagen sollen. Ferner wird angeführt, daß eine große Bevölkerungszahl im Kriegsfalle die Ernährungsgrundlage einer Nation auf das Schwerste erschüttern muß, wenn dieses Land nicht vollkommen autark ist. Durch Abschneiden der Auslandszufuhr muß ein solches Land dem Hunger und damit auch dem Zusammenbruch seines Feldheeres ausgeliefert sein. Wenn nun ein Staat mit Bevölkerungsüberschuß junge Kräfte ins Ausland schicken muß, weil die Heimat sie nicht mehr zu ernähren vermag, so besteht im Falle eines Krieges die große Gefahr, daß diese Menschen für die ehemalige Heimat militärisch völlig verloren sind, sei es, daß ihnen der Weg zu ihrem Heere von vornherein vollkommen unmöglich gemacht ist oder aber, daß sie auf dem Wege zu ihrer Armee vom Feinde interniert und zu Arbeitsleistungen gezwungen werden, die praktisch gegen ihr Vaterland gerichtet sind. Diese Menschen würden so ungewollt nicht nur ihrem Vaterlande verloren gehen, sondern ihm sogar schaden. Besonders schwer haben es diejenigen Staaten, in deren Grenzen sich die Bevölkerung aus Menschen verschiedenen Stammes zusammensetzt oder die über einen großen Kolonialbesitz verfügen. Sie werden im Falle eines bewaffneten Konfliktes nach außen auf das Innere ihres Staates schärfstens obacht geben müssen, da sich unzufriedene Elemente bekanntlich immer Schwierigkeiten des Staates zunutze machen, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Diese Gründe werden nun von den Verfechtern der anderen Ansicht abgelehnt. Zunächst ist es nach der Entwicklung der letzten Jahre heute offensichtlich, daß die allgemeine Wehrpflicht und damit das Volksheer für die Verteidigung des Staates das Maßgebende ist und auch bleiben wird. Selbst wenn man annehmen will, daß das große Volksheer durch eine kleine Elitetruppe von Berufssoldaten ersetzt werden könnte, so muß man anerkennen, daß selbstverständlich aus einer großen Bevölkerungszahl die qualitative Auslesemöglichkeit weit günstiger ist, als wenn man nur eine kleine Bevölkerungszahl zur Verfügung hat. Und gerade diese „cadres" sollen ja eine Truppe von allerbestem Menschenmaterial sein, da nur solches — nach Ansicht der Verfechter dieser Idee — den Anforderungen eines modernen Materialkrieges gerecht werden könnte. Ferner werden durch die modernen Maschinenwaffen im Kriege nicht Menschen frei, sondern es werden im Gegenteil mehr benötigt. Das berühmte Beispiel, daß ein Maschinengewehr 20 Mann ersetzt, enthält einen großen Trugschluß; denn zur Bedienung eines Maschinengewehrs sowie zur Herbeischaffung von Munition und Ersatz sind heute mehr Menschen nötig, als früher zur Bedienung von 20 Gewehren gebraucht wurden. Außerdem ist es offensichtlich, daß bei gleicher Rohstoffmenge und Fabrikationsmöglichkeit die Länder mit mehr Arbeitskräften auch mehr Kriegsmaterial liefern können. Und gerade der moderne Maschinenkrieg ist es wieder, durch den die Zahl der

Divisionen und damit der Kriegskraft nicht nur durch die ausgebildeten Mannschaften und Reserven, sondern ebenfalls und nicht minder durch die Zahl der Arbeitskräfte im Hinterlande bestimmt wird, die durch ihrer Hände Arbeit die ungeheuren Mengen an Material der kämpfenden Truppe zur Verfügung stellt, die das moderne Kriegswesen verschlingt.

Von schwerwiegender Bedeutung kann allerdings ein Mißverhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und der verfügbaren Ernährungsgrundlage in Kriegszeiten werden, jedoch dürfte es ein schwerwiegenderer Nachteil sein, wenn ein Staat auf Grund seines Bevölkerungsmangels nicht mehr in der Lage ist, die Verluste an Mannschaften und Material zu ersetzen.

Aus diesen kurz angeführten Gründen dürfte klar hervorgehen, daß die Bevölkerungszahl für das potentiel de guerre einer Nation von großer Bedeutung ist. Es soll nun auf Grund des nachstehend aufgeführten Zahlenmaterials gezeigt werden, welchen Einfluß die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 1955 auf die Wehrkraft der angeführten Länder ausüben wird. Bei der Entwicklung dieser statistischen Reihen wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß Geburtenziffern und Säuglingssterblichkeitsziffern in den in Frage kommenden Jahren gleich blieben.

Tabelle 1.*)

Wehrpflichtige in der Gegenwart.

Knaben, die 20 Jahre alt werden (absolute Zahlen, in 1000 abgerundet)

im Jahre	in Deutschland	England	Italien	Frankreich	Rußland	Japan
1930	630	391,7	426,4		1,752,9	
1931	599	386,3	393	349	1,765,6	621,8
1932	630,6	388,5	417,3	354	1,753,1	652,4
1933	607,4	386,2	417	351	1,797,3	657,3
1934	595,9	391,9	406,8	279	2,102,1	659,5
1935	464,5	360,2	397,2	184	1,295	636,2
1936	350,9	343,6	311,5	**165**	1,400,5	645,3
1937	**313,7**	**296,9**	250,5	171	**1,108,3**	630,1
1938	326,3	304,5	**239,8**	197	1,583,7	618,2
1939	485	424,5	298,8	218	1,395,2	606
1940	636,3	433,5	454,9	360	1,422,6	739,7

Diese Tabelle enthält die seit 1930 wehrpflichtig Gewordenen bezw. noch Werdenden in oben angegebenen Ländern. Die Tiefpunkte der einzelnen Länder sind hervorgehoben. Man sieht daraus, wie 20 Jahre nach dem schwersten Weltkriegsjahre die Wehrkraft Europas im Gegensatz zu Asien (Rußland, Japan) nachgelassen hat. Auch um den Tiefpunkt herum sind als Spätfolge des Weltkriegs sehr schwache Geburtenjahrgänge gelagert. Durch den Geburtenausfall des Weltkrieges hat die Wehrkraft Deutschlands und Frankreichs am meisten gelitten. Rußlands Tiefpunkt ist eine Folge seiner Revolution im Jahre 1917.

---

*) Diese Tabellen wurden Mitte Mai 1936 von Ministerialrat Dr. Gütt bei einem Vortrag in der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft angegeben.

Tabelle 2.

Wehrkraft heute und in 20 Jahren (in 1000).

Land	die 20- bis 45-Jährigen 1930	1950	die 20- bis 25-Jährigen 1930	1950
Deutschland	12,438	12,994	3,211	2,260
England	8,083	8,721	2,000	1,626
Oesterreich	1,314		293	252
Ungarn	1,630		416	460
Polen	5,222	7,773	1,641	1,789
Italien	7,098	9,412	1,948	2,023
Frankreich	6,977	6,790	1,647	1,554
Rußland (etwa)	30,000	35,000	9,500	12,000
Tschechoslowakei	2,824		737	740
Jugoslawien	2,481		689	
Rumänien	3,220		895	1,250
Japan	10,144	ca. 16,000	2,980	ca. 4,400

Tabelle 2 enthält in der ersten Spalte die zahlenmäßige Gesamtwehrkraft dieser 12 Länder im Jahre 1930 und 1950. In der zweiten Spalte ist die wehrfähige Jugend (20- bis 25-Jährige), also die einsatzbereiteste und schlagkräftigste Mannschaft, in denselben Vergleichsjahren dargestellt. Während die Gesamtzahl in Westeuropa 1950 noch einen leichten Anstieg zeigt, geht die wehrfähige Jugend in erschreckendem Maße zurück. Man sieht, wie in den geburtenstarken osteuropäischen Ländern die jugendlichen Jahrgänge innerhalb der gesamten wehrfähigen Männer einen weit größeren Anteil haben, als in den nord- und westeuropäischen. Das ist die Folge der Ueberalterung in diesen Staaten, die sich in besonders starkem Maße sowohl auf die Wehr- als auch auf die Arbeitskraft einer Nation mit der Zeit bemerkbar machen muß.

Tabelle 3.

Absolute Geburtenzahlen in 1000

in	1930	1931	1932	1933	1934	1935 (geschätzt)
Deutschland	1,127	1,031	978	957	1,197	1,265
England (o. Irl.)	743	724	730	692	712	
Oesterreich	112	106	102	96	91	89
Ungarn	220	207	205	194	194	185
Polen	1,016	966	932	869	887	
Italien	1,093	1,026	992	996	983	989
Frankreich	750	734	722	683	677	655
Rußland		keine Zahlen zu erhalten				
Tschechoslowakei	333	380	313	288	281	
Jugoslawien	489	470	465			
Rumänien	625	605	662	598	612	

Auf Grund der Geburtenzahlen von 1930 bis zur Gegenwart, wie sie in dieser Tabelle angegeben sind, wird nun in der nächsten Tabelle die Entwicklung der Wehrfähigkeit über das Jahr 1950 hinaus dargestellt.

Tabelle 4.

Wehrpflichtige in der Zukunft.

Knaben, die 20 Jahre alt werden (in 1000, geschätzt unter Beachtung der allgemeinen Sterblichkeit des betreffenden Landes).

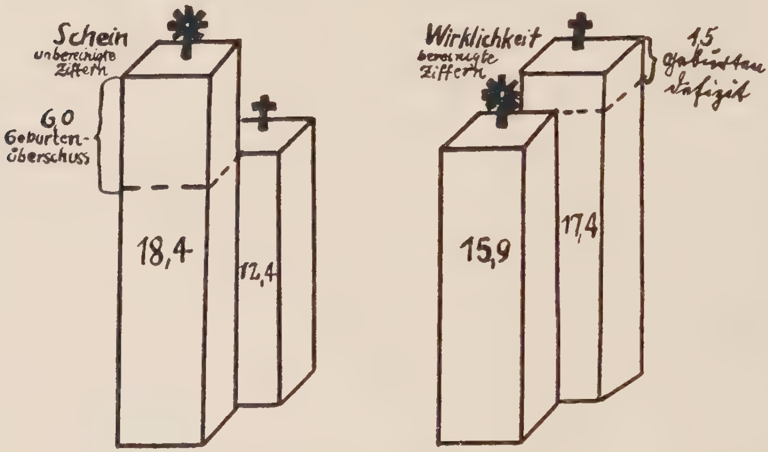
Land	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Deutschland	498	450	431	411	502	550
England	331	322	314	297	306	
Oesterreich	48	46	44	42	41	40
Ungarn	95	90	89	84	84	82
Polen	414	390	374	348	358	
Italien	446	419	405	407	402	405
Frankreich	313	307	302	286	283	272
Rußland		keine Zahlen zu erhalten				
Tschechoslowakei	149	161	139	129	126	
Jugoslawien	198	189	187			
Rumänien	258	251	265	249	252	
(Japan	742	744	775	754)		

In dieser Tabelle 4 sind auf Grund der in Tabelle 3 angegebenen absoluten Geburtenzahlen die ab 1950 ins wehrfähige Alter eintretenden männlichen Jahrgänge errechnet, wobei die heutige durchschnittliche Sterblichkeit des betreffenden Landes Berücksichtigung fand. Man erkennt aus dieser Tabelle, wie sich die von 1933 ab wieder aufsteigende deutsche Geburtenkurve 20 Jahre später für die deutsche Wehrkraft günstig auswirkt, während die Jahrgangszahlen der übrigen europäischen Länder mit Ausnahme Rumäniens und vielleicht noch Jugoslawiens beständig absinken. Für die osteuropäischen Länder ist die heutige ungünstige Sterblichkeitsziffer angesetzt, bessert sich diese jedoch im Laufe der nächsten 20 Jahre, so würden folglich diese Jahrgangszahlen im gleichen Verhältnis ansteigen. Diese Rechnung geht aber nicht ohne Rußland auf, von Rußland sind jedoch keine Zahlen zu erhalten! Nach Burgdörfer steigen die Jahrgangszahlen bis 1946 auf über 2 Millionen und betragen im Durchschnitt das Vierfache der deutschen Zahlen.

Da auf Grund des oben Ausgeführten wohl klar sein dürfte, daß es auch heute noch — oder gerade heute im Zeitalter des totalen Krieges — wichtig ist, daß ein Land genügend wehrfähige und arbeitskräftige Menschen in seinen Grenzen wohnen hat, darf man vor der Wirklichkeit dieses Zahlenmaterials nicht die Augen verschließen. Diese Zahlen sagen, ganz kraß gesprochen, daß die einzelnen europäischen Staaten in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht mehr genügend wehrfähige Menschen zu ihrer Verfügung haben werden, im Gegensatz zu den Staaten Asiens. In diesem immer stärker zurückgehenden Geburtenüberschuß liegt der Keim eines möglichen „Untergangs des Abendlandes“. Dieser Gefahr können die westeuropäischen Staaten nur begegnen, wenn sie durch eine zielbewußte Bevölkerungspolitik die Lücke an Nachwuchs wieder auffüllen, die der große Krieg und gesellschaftliche Anschauungen gerissen haben. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die unbereinigten Statistiken, die Geburtenüberschuß und Sterblichkeit miteinander vergleichen, ein unrichtiges Bild ergeben, da beim

deutschen Volke durch die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters eine Ueberalterung eingetreten ist.

Ludowici gibt dafür folgende Gegenüberstellung an:*)



Lebensbilanz des deutschen Volkes.

Die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters schafft durch die Verringerung der Sterbefälle einen nur scheinbaren Ausgleich für den Rückgang der Geburten.

Es ist aber für einen Staat eine große Gefahr, wenn er die Notwendigkeit einer stärkeren Bevölkerung erkennt, jedoch nicht in seinem eigenen Volke die Kraft sieht, für genügenden Nachwuchs zu sorgen, sondern sich dazu auf die fremden Rassen seiner Kolonien stützen muß. Die rassischen Folgen einer derartigen „Bevölkerungspolitik" sind bereits heute in erschreckendem Maße in Südfrankreich durch Vermischung zu erkennen. Nur durch entsprechende Maßnahmen der Regierungen, die das eigene Volk betreffen, kann dieser Bevölkerungsschwund aufgehalten und in das Gegenteil gekehrt werden. Als der Nationalsozialismus 1933 die Macht ergriff, sah er sich einer Bevölkerungsentwicklung gegenüber, die von Jahr zu Jahr in der Abnahme begriffen war. Bereits im Jahre 1934 zeigte sich die Wirkung nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik und in noch stärkerem Maße im Jahre 1935. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, wurden im Jahre 1935 über 300 000 Kinder mehr geboren als im Jahre 1933.

Es genügt aber nun nicht, durch Ehestandsdarlehen usw. junge Ehen zu fördern, sondern man muß diesen Menschen und ihrem Nachwuchs auch die Grundlage schaffen, auf welcher sie sich durch ihrer Hände Arbeit gesunde Lebens- und Existenzmöglichkeiten aufbauen können. Dazu gehört heute in erster Linie, daß man die Menschen der Großstadt wieder mit dem Boden ihres Vaterlandes in Berührung bringt und ihnen die Möglichkeit zum Siedeln gibt. Nur auf diese Art kann man das Heranwachsen einer gesunden Generation

*) Ludowici: „Das deutsche Siedlungswerk", S. 16.

sicherstellen und nur so kann man den jungen Menschen auch seinem Vaterlande näher bringen und ihn es so lieben lehren, daß er nötigenfalls bereit ist, für dieses Vaterland auch sein Leben einzusetzen. Derartige Siedlungen haben aber nicht nur zur Folge, daß eine gesündere Generation heranwächst, sondern durch sie wird auch die Krisenfestigkeit des Arbeiters gehoben. Diese Möglichkeit, daß eine Arbeiterfamilie sich durch Kleintierzucht und Gartenbau ihren Reallohn erhöhen kann, spielt schon in normalen Zeiten für eine solche Familie eine große Rolle. Zur Auswirkung kommt diese Möglichkeit jedoch erst voll und ganz in Zeiten der Krise oder dann, wenn ein Krieg über das betreffende Land hereinbrechen sollte und der Ernährer zur Verteidigung des Vaterlandes an die Front eilen muß. Durch solche Siedlungen kann die Ernährungsgrundlage des gesamten Volkes verbessert werden.

Eine besondere Bedeutung haben Siedlungen in Grenzgebieten, die nicht von Angehörigen des eigentlichen Staatsvolkes bewohnt werden, wie es z. B. in den Ost-Woiwodschaften Polens der Fall ist. In diesen Gebieten werden von der polnischen Regierung entlassene Soldaten und zuverlässige national-polnische Bauern angesiedelt. Auf diese Weise sollen die gefährdetsten Grenzgebiete mit der Zeit mit einer zuverlässigen Bevölkerung durchsetzt werden, die ihrerseits auf die nicht-polnische Bevölkerung vor allem propagandistischen Einfluß ausüben soll. Diese Soldaten-Siedler bilden aber außerdem ein Grenzschutzkorps, das an dieser Ostgrenze die Funktionen inne hat, die an den anderen polnischen Grenzen — wie auch in allen anderen europäischen Staaten — sonst von der Finanzverwaltung ausgeübt werden. Außerdem gewinnt Polen durch diese Soldaten, die auf Grund ihrer Tätigkeit als Zollbeamte das sehr sumpfige und unwegsame Grenzgebiet genau kennen lernen, für einen möglichen bewaffneten Konflikt mit seinem östlichen Nachbarn ein ausgezeichnetes Führerkorps für diese Gebiete. Einen ähnlichen Versuch mit solchen Grenz- und Wehrsiedlungen unternimmt Japan in der Mandschurei. Japan hat eingesehen, daß es nicht genügt ein Land zu erobern, sondern daß dieses Land auf lange Zeit tatsächlich nur dann gehalten werden kann, wenn man im Ernstfalle einer kriegerischen Verwicklung auf eine bodenverwachsene, zuverlässige Volkskraft zurückgreifen kann. Die Mandschurei mit heute etwa 34 Millionen Einwohnern (davon nur etwa 300 000 Japaner, etwa 800 000 bis 1 Million Koreaner, 1½ bis 2 Millionen Mongolen, aber mehr als 30 Millionen Chinesen und stammverwandte Mandschus) ist bei weiterer planmäßiger Erschließung imstande, 100 Millionen Menschen Siedlungsraum und Brot zu geben.

Bei der Kompliziertheit des Waffenwesens in der modernen Armee und des heutigen Produktionsprozesses mit allen ihren technischen Feinheiten muß besonderer Wert auf die Ausbildung des gesamten Volkes gelegt werden. Es genügt nicht mehr, wenn eine geringe Oberschicht auf Grund ihrer sozialen Stellung in der Lage ist, sich eine bessere Bildung anzueignen, sondern da nun einmal die industrielle Produktion ebenso wie der Stand einer Wehrmacht in weitgehendem Maße von der großen Zahl der ihr Angehörigen bestimmt wird, muß auch die große Zahl der Soldaten und Arbeiter in die Lage versetzt werden, eine ausreichendere Ausbildung genießen zu können, als das bisher der Fall war. Ein Arbeiter, der eine ausreichende Lehrzeit hinter sich hat, wird stets in der Lage sein, sich leichter auf eine andere ähnliche Tätigkeit umzustellen, wenn er seinen bestimmten Arbeitsplatz verliert, als man dies von einem ungelernten

oder nur angelernten Arbeiter erwarten darf. Ebenso wird sich auch der junge Arbeiter, wenn er zum Dienste in der Wehrmacht aufgerufen wird, leichter mit den modernen Waffen und all' dem komplizierten technischen Zubehör einer neuzeitlichen Armee zurechtfinden, als es ein ungelernter Arbeiter vermag. Eine besondere Bedeutung gewinnt jedoch der Ausbildungsstand des Industriearbeiters im Falle eines Krieges, wo es gilt, in möglichst kurzer Zeit die industrielle Produktion auf die Notwendigkeiten des Krieges umzustellen. Eine derartige Umstellung, die in allerkürzester Frist erfolgen muß, wenn nicht der Krieg von vornherein für das betreffende Land verloren sein soll, wird nur möglich sein, sofern das Land über eine gut ausgebildete Arbeiterschaft verfügt, sich auch an anderen, ähnlichen Maschinen als denen, die sie bisher bedient hatte, zurechtzufinden.

Mit einer derartigen besseren Ausbildung darf jedoch nicht erst in der Lehrzeit begonnen werden, sondern die Schule muß hier bereits ansetzen, um den jungen Menschen auch eine bessere Allgemeinbildung zu vermitteln. Die Schule hat es in der Hand, die heranwachsende Jugend zu vaterlandsliebenden Staatsbürgern zu erziehen. Sie kann auch in weitgehendem Maße die Charakterbildung beeinflussen und es ist offensichtlich, daß der Charakter eines Volkes im Ernstfalle, wenn es darum geht, die Nation zu verteidigen, von großer Bedeutung ist. Nur durch die hervorragenden Charaktereigenschaften des deutschen Volkes war es möglich, daß der einfache deutsche Soldat in 4 bitteren Jahren den Kampf gegen die ganze Welt bestehen konnte. So muß durch entsprechende Maßnahmen des Staates die Bevölkerung so gelenkt werden, daß sie stets den großen Aufgaben gewachsen ist, die sie sich selbst und damit wieder der Nation schuldet. Von nicht geringer Bedeutung ist bei dieser Ausbildung und Heranbildung eines wehrfähigen und von unerschütterlicher Vaterlandsliebe beseelten Volkes auch eine vor-militärische Erziehung, wie sie der Faschismus der italienischen Jugend in der straffen Organisation der Balilla von frühester Kindheit an zuteil werden läßt.

So ist die Bevölkerung eines Staates zweifellos für sein potentiel de guerre von großer Bedeutung, denn in ihr liegt die produktive Kraft, alle die Maßnahmen zu treffen und Neues zu schaffen, was für das Leben des Staates von Wichtigkeit ist. Das Primäre bei allen Handlungen, sei es nun in der Politik oder in der Wirtschaft, ist die menschliche Tätigkeit und nur sie ist auch in der Lage, das potentiel de guerre eines Landes zu erhöhen. Ludowici sagt:*) „Ein Staat verteidigt seine Grenzen nicht nur im Krieg mit Soldaten, sondern ebenso entscheidend im Frieden mit seiner Volkskraft, seiner Kultur und seiner Wirtschaft. Tut er dies nicht, dann hat er einen Krieg verloren, bevor er ihn begonnen hat."

Durch entsprechendes Einsetzen der produktiven Kraft eines Volkes wird auch die große Gefahr beseitigt werden können, daß ein Volk sich nicht durch eigene Erzeugnisse ernähren kann. Damit wäre dann auch das letzte Argument der Anhänger der Idee einer kleinen Bevölkerungszahl beseitigt. Auf die Möglichkeiten, die Ernährungsgrundlage eines Volkes zu verbessern, soll jedoch im nächsten Kapitel eingegangen werden.

---

*) Ludowici: „Das deutsche Siedlungswerk", S. 13.

b) Einfluß der unter den Begriff „geographische Verhältnisse“ fallenden Potentialfaktoren.

Auf Grund der begrifflichen Erklärung des potentiel de guerre muß man annehmen, daß im Rahmen dieser Arbeit die geographischen Verhältnisse nicht behandelt werden dürfen, da sie dem menschlichen Einfluß nicht unterliegen, und daher auf Grund der oben gegebenen systematischen Abgrenzung des potentiel de guerre nur als Mitbedingungen angesehen werden dürfen. Es soll nun auch nicht die Wichtigkeit einer natürlichen guten Grenze und ihre Vorteile für das betreffende Volk begründet werden, sondern es soll hier die Notwendigkeit solcher Maßnahmen gezeigt werden, durch die der Mensch von heute die Werke der schöpferischen Tätigkeit früherer Generationen, die aber den Erfordernissen der jetzigen Zeit nicht mehr entsprechen, entweder den modernen Forderungen anzupassen versteht oder aber durch Neuschöpfungen ersetzen muß. Solche Werke früherer Generationen sind z. B. die Lage der Städte und die Standorte der Industrien oder — negativ ausgedrückt — der noch nicht in Bearbeitung genommene, für die Ernährung eines Volkes aber notwendige Grund und Boden.

Dieses sind zweifellos Potentialfaktoren, da sie durch menschliche Tätigkeit bezw. durch menschliches Unterlassen geschaffen wurden, daher auch durch menschliche Tätigkeit verändert bezw. neugeschaffen werden können. Wenn auch der Geograph diese Faktoren unter dem Sammelbegriff „geographische Verhältnisse eines Landes“ zusammenfaßt und zu seinem Arbeitsgebiet gehörig betrachtet, so ergibt sich im Rahmen dieser Arbeit die Notwendigkeit, die angeführten Potentialfaktoren, wie „Standort“ usw. von den Mitbedingungen, wie sie z. B. die geographische Lage darstellt, zu trennen und gesondert zu behandeln.

In früheren Kriegen haben die natürlichen Grenzen für ein Land eine große Bedeutung gehabt, da sie den Ansturm der feindlichen Heere aufhalten oder zumindest verzögern konnten, bis das angegriffene Land seine Abwehrkräfte entwickeln konnte. Das trifft auch heute noch zu für ein Land, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika sind, die in ihrer unmittelbaren Nähe keinen einzigen mächtigen Nachbar haben, der sie angreifen könnte. Voraussetzung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten auf Grund ihrer natürlichen Grenzen ist heute, daß die Flotte stark genug ist, einen feindlichen Landungsversuch abzuschlagen. Aber es gilt bei einem heutigen Kriege für die Vereinigten Staaten nicht nur, einen feindlichen Landungsversuch fernzuhalten, sondern die Flotte und die Luftstreitkräfte müssen in der Lage sein, die Annäherung von feindlichen Flotteneinheiten, zu denen heute bei einem derartigen Angriff vor allen Dingen Flugzeug-Mutterschiffe gehören würden, zu verhindern.

In ähnlicher Lage wie die Vereinigten Staaten befindet sich England, nur ist es nicht durch so große Wasserflächen von seinem nächsten Nachbar getrennt wie die Vereinigten Staaten. Während des Weltkrieges hat es sich jedoch bereits gezeigt, daß der Grad der Sicherheit Englands auf Grund seiner natürlichen Grenzen fast gleich null geworden ist. Wichtige englische Städte hätten im Bereich weittragender deutscher Geschütze gelegen, wenn es der deutschen Armee gelungen wäre, ihren Vorstoß an der Kanalküste weiter nach Calais vorzutragen. In weit größerem Maße aber war England bereits deutschen Luftangriffen ausgesetzt.

England befindet sich aber trotz allem noch in einer günstigeren Lage als z. B. Deutschland; denn dieses hat mit Ausnahme der Alpen und der deutschen Mittelgebirge keinerlei natürlichen Grenzen. Die langgestreckten, offenen Grenzen sind feindlichen Angriffen gegenüber — zumal nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages — völlig schutzlos. Durch die Entwicklung weittragender Geschütze hat sich die unmittelbare Grenzzone immer weiter ausgedehnt. Aus diesem Grunde wäre es auch nötig, daß lebenswichtige Industrien, die sowohl in dem unmittelbar gefährdeten Grenzgebiet auf deutscher wie auch auf französischer Seite liegen, aus dieser Zone weiter ins Hinterland verlegt werden. Die Agglomeration der deutschen Schwerindustrie im Rhein- und Ruhrgebiet ist auf die standortmäßig günstige Lage zurückzuführen, die durch das Vorhandensein des wichtigen Betriebsstoffes Kohle gegeben ist. Für das liberalistische Zeitalter, in dem diese Industrien entstanden, gab es nur rein wirtschaftliche Erwägungen; es wurde nur darnach gefragt, an welcher Stelle die Industrien am billigsten arbeiten und damit den größten Gewinn abwerfen könnten, aber nationale Belange wurden in keiner Weise berücksichtigt. Die Industrien haben sich zu jener Zeit im allgemeinen nach den für sie wichtigsten Gesichtspunkten ihren Standort ausgesucht: günstige Absatzlage, günstige Verkehrsbeziehungen, Beziehungen zu Rohstoffvorkommen, Herabsetzung der Unkosten, z. B. bei der Berücksichtigung der verschiedenen Besteuerungshöhen — wie sie früher in den einzelnen Kleinstaaten und auch in Städten üblich waren — oder durch die Auswahl von Gebieten mit niederen Löhnen. Durch diese industrielle Zusammenballung unter rein materialistischen Gesichtspunkten traten die ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Schäden auf, die das deutsche Volk in den Jahren der Krise so bitter zu spüren bekommen hatte. Die Industrie-Großstädte wurden zu einem Bevölkerungsfriedhof großen Ausmaßes. Das deutlichste Beispiel dafür ist Berlin.*)

Die Großstadt verschlingt die Kraft des Volkes.



Ostdeutschlands Bevölkerung wandert nach Berlin.

*) Nach Ludowici: a. a. O., S. 15 (ohne Jahresangabe).

In Berlin übersteigt die Zahl der Sterbefälle so stark die Geburtenzahl, daß mitten in der Millionenstadt jährlich eine Stadt von der Kopfzahl Bingens ausstirbt. Der Ersatz wird durch immer neue Zuwanderung vom Lande gestellt.

Diese Zusammenballung hat zu einer Industriestruktur in Deutschland geführt, die für die Nation im Falle eines bewaffneten Konfliktes eine ungeheure Gefahr in sich trägt: mehr als 50% der deutschen Industrie liegen in der durch die Bodenwaffen gefährdeten Grenzzone. Um ein vieles größer ist die Gefahr aber für die deutsche Industrie und somit für das ganze Land, wenn man die Möglichkeit feindlicher Luftangriffe berücksichtigt, und es wird in einem kommenden Kriege selbstverständlich erste Angriffshandlung eines jeden Staates sein, daß er versucht, mit Hilfe seiner Luftwaffe die Industriezentren des Feindes zu vernichten und ihm so die Lebensader zu durchschneiden. Es genügt nun aber in der heutigen Zeit eben unter Berücksichtigung der Luftwaffe nicht mehr, die gefährdeten Industrien ins Innere des Landes zu verlegen und auf diese Weise dort wieder große Industriezentren zu schaffen, die durch ihre große Ausdehnung leicht feindlichen Angriffen ausgesetzt sind, sondern Industrieverlagerung darf nur ein Mittel zur Dezentralisation der Industrien und auch der menschlichen Siedlungen sein. Früher genügte es, die gefährdeten Betriebe in das Innere des Landes zu verlegen und es genügte auch, wenn diese Kriegswirtschaft ihren Tauschkreis an Gütern und Leistungen fern von feindlicher Einwirkung aufbaute. Wenn nun nicht weitgehende Gebietsverluste in einem Kriege auftraten, so war es vollkommen ausreichend, wenn dieser eine Tauschkreis im Innern des Landes sich einmal schloß und somit immerhin noch in der Lage war, Heer und Heimat schlecht und recht zu versorgen. In einem totalen Kriege jedoch wäre eine derartige Lösung gänzlich unvollkommen; denn durch Luftangriffe würden wichtige Punkte innerhalb dieses Tauschkreises vernichtet werden, sodaß der Kreis durchbrochen und damit gleichzeitig die Versorgung unmöglich gemacht würde. Durch die Luftwaffe ist nicht mehr allein die Grenze, sondern die gesamte Oberfläche des Raumes Kriegsgebiet geworden. Daher stehen sämtliche Wirtschaftseinrichtungen unter unmittelbarer Bedrohung durch den Gegner. Für Deutschland ist diese Bedrohung ungeheuer, da es in ihm kaum einen Fleck gibt, der nicht der Möglichkeit eines feindlichen Luftangriffes ausgesetzt ist. Aus diesem Grunde ist es auch unmöglich, daß man sich damit begnügt, den Tauschkreis von der Grenze her zusammenschrumpfen zu lassen, sondern die gesamte Wirtschaft des Landes muß in einzelne Tauschkreise aufgespalten werden. Es ist daher auch notwendig, bei der Verlagerung großer Betriebe diese in zahlreiche selbständige, kleinere Betriebe aufzuteilen. Dadurch wird nicht nur verhindert, daß ein Industriezweig mit einem Schlag vernichtet wird, sondern auch gleichzeitig erreicht, daß diese neu geschaffenen kleineren Erzeugungsstätten organisch in die einzelnen kleinen (provinziellen) Tauschkreise hineinwachsen und auf diese Weise ihnen erst die Möglichkeit geben, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, nämlich: bei Vernichtung eines Nachbar-Tauschkreises dessen Bewohner mit zu ernähren und vor allem aber dessen Produktionsaufgaben mit zu übernehmen. Ein Beispiel für eine derartige „Schottenwirtschaft" gibt Rupert v. Schumacher.*)

---

*) R. v. Schumacher: „Der Raum als Waffe", S. 145.



Mit den Problemen der Industrieverlagerung beschäftigen sich heute alle Staaten, deren Industrien sich in durch Luftangriffe gefährdetem Raum befinden. Die französische Zeitschrift „Armée et démocratie" widmet ihre Aufmerksamkeit besonders der Flugzeugindustrie.*)

„Regierung und Parlament müssen der Frage des Auseinanderlegens der Industrie besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die neuzeitliche Kriegslehre, die in allen Ländern eine gewisse Gleichartigkeit zeigt, beschäftigt sich mit den Zielen der Fliegerangriffe in den ersten Kriegstagen. Es gilt, gleich zu Beginn die feindliche Luftwaffe zu lähmen, wenn nicht zu vernichten. Dazu werden alle Flughäfen mit Spreng- und Brandbomben angegriffen. Wenn dies erreicht ist, handelt es sich darum, die Herstellungsmöglichkeiten für Flugzeuge zu treffen.

Wozu hilft die ganze Vorbereitung der industriellen Mobilmachung, wenn die Kraftwerke, die Fabriken und die Arbeiterviertel zerstört werden, ehe noch die Truppen an der Grenze aufmarschieren.

Das Programm für die Zerlegung will die nötige Sicherheit und gleichzeitig bessere Leistung erzielen. Die Fabriken müssen weit von der Grenze und abseits besonders empfindlicher Gebiete eingerichtet werden. Sie müssen über die nötigen Arbeitskräfte verfügen. Wenn möglich, müssen sie nahe an einem Flughafen liegen und Gleisanschluß haben. Die Industrien, die ihre Fabriken schon auseinandergelegt haben, sind .. (folgen 7 Namen). Diese Ergebnisse sind unbedeutend, wenn man bedenkt, daß der ganze Rest der Flugzeugindustrie zusammengeballt bleibt. Jede Verzögerung kann schlimme Folgen haben. Man muß planmäßig und schnell vorgehen.

Die Regierung hat die finanzielle Unterstützung bei der Verlegung von Fabriken bereits eingeleitet. Die Mittel fließen aus einer erstmaligen Stiftung des Staates in Höhe von 500 000 Fr. und aus einem bestimmten Abzug aus allen Kaufverträgen, die das Luftministerium mit Flugzeug-, Ballon- oder Motorfabriken abschließt."

Im Gegensatz zu dieser Meinung vertritt General Armengaud die Ansicht, wie Schumacher weiter berichtet, daß gerade die Tatsache, daß sich viele Kraftquellen Frankreichs in der Nähe von Paris zusammengeballt haben, ein besonderer Vorteil sei, da die Agglomeration die Möglichkeit biete, daß bei einem gut ausgearbeiteten Luftschutzsystem die Verteidigung leichter sei, als wenn die Erd-

*) R. v. Schumacher: a. a. O., S. 65.

abwehr ihre Verteidigungsmaßnahmen auf eine Unzahl kleinerer Betriebe einrichten müsse. Jedoch dürfte General Armengaud mit dieser Ansicht ziemlich allein stehen, denn die Nachrichten aus dem Auslande zeigen, wie weit teilweise die Industrieverlagerung bereits fortgeschritten ist.

Rußland verlegt seit Jahren seine Wehrindustrien in den Ural und nach Sibirien. Dadurch erreicht es den einzigartigen Vorteil, daß seine Industrien außerhalb aller Flugbereiche seiner Nachbarn liegen und zugleich Rohstoff-standort-gebunden sind. Nachdem in jüngster Zeit auch die Umlegung der Leningrader Flugzeugwerke nach Ufa in Angriff genommen worden ist, ist nun eine 100 Klm. breite Zone innerhalb der Sowjetgrenzen fast industrieleer.*)



Die Standorte der russischen Industrien.

Auch Italien ist dabei, seine gefährdeten Industrien in den Apennin zu verlegen, wobei allerdings — wie Schumacher angibt — der Gesichtspunkt die Hauptrolle spielen dürfte, daß im Gebirge Industriewerke leichter zu tarnen sind und außerdem durch Wetter-, Sicht- und Geländeschwierigkeiten und durch leichtere Abwehrmöglichkeiten ein Luftangriff auf größere Hindernisse stößt, als wenn die betreffenden Werke in einer offenen Ebene liegen.

*) Nach Niedermayer-Semjonow: „Die Sowjetunion", S. 133.

Frankreich zahlt kriegswichtigen Industrien Subventionen, wenn sich die Firmen verpflichten, ihre Betriebe in einer bestimmten Zeit nach dem Süden zu verlegen. Außerdem hat Frankreich in der letzten Zeit die gesetzliche Bestimmung erlassen, daß Industriewerke innerhalb der unmittelbar gefährdeten Grenzzone von 30 Klm. nur errichtet werden dürfen, wenn eine ausdrückliche Genehmigung des Ministeriums vorliegt, was praktisch einem Verbot gleichkommen dürfte.

In den meisten Staaten ist es nicht möglich, die Industrie so weit ins Landesinnere zu verlagern, daß sie außerhalb des Flugbereiches der feindlichen Luftwaffe liegt. Allein aber durch große Entfernungen wachsen die Schwierigkeiten für Luftangriffe. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte auch der Plan des tschechischen Verteidigungsministers Bradac entstanden sein, den er im November 1934 dem Prager Abgeordnetenhaus vorlegte. Auch England hat sich entschlossen, den seit langem gehegten Plan der Verlegung seines Arsenals nach dem Westen durchzuführen.

Außer mit der Verlagerung der Industrien haben sich einige Staaten auch damit beschäftigt, ihre Landeshauptstadt, die bisher zu dicht an der Grenze und damit unmittelbar feindlichen Angriffen ausgesetzt war, weiter ins Innere des Landes zu verlegen. Es ist selbstverständlich, daß die Landeshauptstadt, in der sich das Gehirn der gesamten Verwaltung des Landes, aber im Kriegsfalle auch das der Kriegführung und aller damit gerade im Zeitalter des totalen Krieges so weitgehenden Maßnahmen befindet, ein besonderes Angriffsziel des Feindes bilden wird und daß ihre Vernichtung von großer strategischer wie auch moralischer Bedeutung sein muß. So hat Sowjetrußland alle wichtigen Verwaltungsstellen von Leningrad, das vor allen Dingen Angriffen von der Seeseite her leicht zugänglich ist, nach Moskau verlegt, das auch in Bezug auf Luftangriffe verhältnismäßig sicher gelegen ist, denn die geringste Entfernung zur nächsten Grenze beträgt 600 Klm. Das Gleiche hat die junge Türkei vorgenommen, als sie den Regierungssitz von Istanbul nach Ankara verlegte.

Durch diese Maßnahmen kann der Mensch Zustände verändern, die er selbst auf Grund der geographischen Gegebenheiten innerhalb seines Landes während der letzten Jahrhunderte aufgebaut hatte, die aber den Erfordernissen der neuen Zeit nicht mehr entsprechen und dem Volk, das innerhalb der Grenzen wohnt, in seinem Lebenskampfe ungeheuer schaden würde. Weitaus schwieriger wird es aber, wenn es sich darum handelt, natürliche Gegebenheiten, die einem Volke innerhalb seiner Grenzen von Natur aus vorgezeichnet sind, zu verändern bezw. zu verbessern. Einer der wichtigsten Punkte in einem modernen Kriege ist, wie die Erfahrung des Weltkrieges gelehrt hat, die Frage der Ernährung des Volkes. Der totale Krieg hat eine andere humanitäre Anschauung herausgebildet, als sie bis dahin üblich war. Heute gibt es keinen Unterschied mehr zwischen kämpfender Truppe und Zivilbevölkerung. Jedes Mittel zur Bezwingung des Gegners ist recht. Aus diesem Grund wird auch — wie es bereits im Weltkrieg geschehen ist — der Angriff auf die Ernährungsgrundlage und die Vernichtung derselben eines der ersten Ziele des Feindes sein. Welche Wirkungen solche Angriffe haben, hat Deutschland am eigenen Leib erfahren müssen. Von der Ernährungsgrundlage ausgehend, wird auch der Kriegsplan eines Landes weitgehend beeinflußt. Ein Land mit reichlicher Ernährung hat die Möglichkeit, einen Krieg länger auszuhalten und wird daher, wenn es einem Gegner gegenübersteht, der diese Möglichkeit nicht hat, versuchen,

den Krieg in die Länge zu ziehen und den Gegner so zu zermürben, während ein Land mit nichtausreichender Ernährung seine einzige Chance in einer schnellen Entscheidung des Krieges zu finden vermag. Außerdem bleibt ihm wohl noch die Möglichkeit, durch Bündnispolitik solche Staaten für sich zu gewinnen, die ihm im Falle eines bewaffneten Konflikts Lebensmittel in ausreichender Menge liefern. Jedoch muß sich ein Staat durch derartige Bündnisse stets mehr oder weniger in eine gewisse Abhängigkeit von seinem Bundesgenossen begeben, was immer Nachteile mit sich bringt und deshalb nicht tragbar erscheint. Daher bleibt für eine verantwortungsvolle Regierung nur der Weg übrig zu versuchen, die Ernährungsgrundlage des auf sie vertrauenden Volkes zu verbessern bezw. sicherzustellen. Frankreich ist in der glücklichen Lage, auf Grund seiner landwirtschaftlichen Erzeugung sich selbst genügen zu können. England dagegen ist fast vollständig von der Einfuhr aus seinen Kolonien abhängig. Aus diesem Grunde muß es auch stets darauf bedacht sein, durch die Ueberlegenheit seiner Flotte die Zufuhr sicherzustellen. Der Weltkrieg hat jedoch gezeigt, daß auch England trotz seiner großen Flotte der Gefahr des Ausgehungertwerdens nicht für alle Zeiten entgehen kann; denn die Folgen des unbeschränkten U-Boot-Krieges hat die englische Hausfrau empfindlich zu spüren bekommen.

In einer noch bedrängteren Lage befindet sich Deutschland. Obwohl es in ungleich größerem Maße sich auf Grund heimischer Landwirtschaft ernähren kann als England, hat der Weltkrieg doch gezeigt, daß sein Widerstand am Hunger zerbrechen mußte, da es nicht gelang, das fehlende Drittel der unbedingt erforderlichen Lebensmittel einzuführen. Wohl war Deutschland auch von neutralen Staaten umgeben, aber die Feindbundmächte hatten es — wie bereits oben gesagt — verstanden, die Zufuhr aus diesen neutralen Staaten auf ein Minimum herabzudrücken. Es bleibt daher für ein Land, das sich in der gleichen Lage befindet wie Deutschland, nur die Möglichkeit, durch entsprechende Maßnahmen die heimische Produktion so zu fördern, daß es sich selbst genügen kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Mensch die ihm von der Natur gegebene Erdoberfläche verändern oder versuchen, auf Grund verbesserter Arbeitsmethoden dem Boden mehr abzuringen, als es seine Vorfahren vermocht haben. Durch entsprechende Maßnahmen hat es der Mensch verstanden, dort, wo früher Wüste war, Gärten und Aecker hervorzuzaubern. Im westlichen Amerika wurden der Wüste durch künstliche Bewässerung 6½ Millionen Hektar Land entrissen, das ist fast die gleiche Fläche, die Deutschland für den Anbau von Roggen und Weizen zur Verfügung steht. Auch der Deutsche hatte den Kampf erfolgreich aufgenommen, denn ein Drittel des Bodens, der heute der Ernährung des Volkes dient, besteht aus trocken gelegten Sümpfen. Die Deutschen waren es auch, die als erstes Volk begannen, planvolle Forstwirtschaft zu treiben, um den Verbrauch an Holz zu ersetzen. Durch die Arbeiten eines Albert Thaer und Justus Liebig wurden die Grundlagen für den Kampf mit dem Boden geschaffen. Die Ergebnisse dieses Kampfes übertrafen alle Erwartungen. Wenn vor 50 Jahren in Deutschland je Hektar 13 Doppelzentner Weizen geerntet wurden, so konnten 1913 dem Boden 24 Doppelzentner abgerungen werden. In Holland stiegen die Erträge sogar in der gleichen Zeit von 17 auf 31 Doppelzentner und die Roggenernte je Hektar wurde in der gleichen Zeit sogar verdreifacht.

Deutschland ist gezwungen, diesen Kampf mit dem Boden weiterhin fortzusetzen, wenn es seine Bevölkerung aus eigener Kraft ernähren will. Dies ist aber keine ausgesprochene Vorbereitung für einen eventuellen bewaffneten Krieg, sondern Deutschland muß dazu schreiten, da es sich bereits heute in einer Art wirtschaftlichem Kriegszustand befindet. Durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft ist ein jedes Land darauf bedacht, möglichst die heimische Produktion zu schützen. Deutschland kann aber nur aus dem Auslande Lebensmittel ebenso wie Rohstoffe beziehen, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, dafür die Erträgnisse seiner Arbeit einzutauschen. Da sich jedoch die Länder abschließen, ist diese Möglichkeit für Deutschland nicht mehr gegeben, sodaß ihm die Devisen fehlen, um vom Ausland kaufen zu können. Aus diesem Grunde muß versucht werden, die Abwehrstellung, in die Deutschland hineingezwungen worden ist, weiter auszubauen.

Deutschland ist wohl in der Lage, seine Bevölkerung aus eigener Kraft zu ernähren, wenn der Kampf mit der Natur erfolgreich aufgenommen wird. Ueber 8 Millionen Hektar Kulturland sind entwässerungs- und über 11 Millionen Hektar bewässerungsbedürftig. 1 Million Hektar fruchtbares Kulturland ist regelmäßigen Ueberschwemmungen ausgesetzt und 2 bis 3 Millionen Hektar Moor und Oedflächen sind noch zu erschließen. Ueber 2 Millionen Hektar Waldflächen, welche sich für die Landwirtschaft nicht eignen, sind aufzuforsten und durch die Flurbereinigung werden Flächen von insgesamt 5 Millionen Hektar noch zu erfassen sein. Aus diesem Bodenvorrat können ohne weiteres auch die Bedürfnisse befriedigt werden, die sich an Boden bei der Durchführung des Siedlungsprogramms des Nationalsozialismus ergeben. Wenn 4 Millionen Heimstättensiedlungen für deutsche Arbeiter mit durchschnittlich 1 Morgen eigenem Land und Pachtland aufgebaut werden, dann beträgt der Landbedarf mit 1 Million Hektar nur einige Prozent des Kulturlandes und weniger, als noch durch Melioration gewonnen werden kann.*)

Aber nicht nur durch die Gewinnung neuen Kulturlandes kann die Ernährungswirtschaft Deutschlands gehoben werden, sondern noch durch andere Maßnahmen. Bereits vor dem Kriege war Deutschland das erste Land in Bezug auf sein Saatgut, die Pflanzenzüchtung in großem Umfange hat jedoch erst nach dem Kriege eingesetzt. Durch derartige Züchtungen kann der Ertrag nicht nur gesteigert werden, sondern die Pflanze kann auch schädlingsfester gezogen werden. Den Mittelpunkt dieser Versuche bildet das Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg (Mark). Es sollen nur einige Beispiele angeführt werden, wie durch die Arbeit dieses Instituts die Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes verbessert und außerdem Volksvermögen eingespart wird.

So ist man dabei, eine Frühkartoffel, die bisher noch in großen Mengen aus dem Auslande eingeführt wird, zu züchten, die frostsicher ist und daher in Deutschland angebaut werden kann. Zu diesem Zwecke wurde eine Kartoffelsorte, die hoch oben in den Bergen gedeiht und folglich in unserem Klima im Vorfrühling schon reifen kann, mit einer kräftigen deutschen Kartoffel gekreuzt, da die erstere Sorte nur eine sehr kleine Kartoffel ist und wenig Ertrag auf den Hektar ergibt. Ebenso nimmt man den Kampf mit dem berüchtigten

*) Ludowici: a. a. O., S. 11/12.

„Kartoffelkrebs" auf, der heute Kartoffeln im Werte von vielen Millionen vernichtet.

Das Gebiet, auf dem Deutschland heute noch am weitgehendsten vom Ausland abhängig ist, ist die Fettwirtschaft, da es bisher nicht genügend Futtermittel im Lande hat. Zur Düngung der Felder wurde in großem Maße Lupine verwendet, deren Wurzeln die Eigenschaft besitzen, den Boden mit Stickstoff zu bereichern. Das Kraut ging jedoch verloren, da es infolge der in ihm enthaltenen Alkaloide, die bitter und sogar giftig sind, nicht als Futtermittel verwendet werden konnte. Man hatte nun festgestellt, daß es von den Lupinen einzelne Pflanzen gibt, die diese Alkaloide nicht enthalten und daher als Futter geeignet sind. Diese wurden nun ausgewählt und weitergezüchtet und der Erfolg ist eine entgiftete Lupine.

Ebenso werden in der Viehwirtschaft durch Kreuzung hochwertige Tiere gezüchtet. Das „Woll-Fleisch-Schaf", das der erste große Erfolg auf dem Gebiete der Viehzucht war, wird heute in Deutschland wieder verbreitet.

Alle diese Maßnahmen sind nur in einem Staate durchführbar, der nicht mehr im liberalistischen Rentabilitätsdenken lebt, sondern für den das Maßgebende das Wohl des Volkes ist. Zweifellos sind diese Maßnahmen produktive. Produktivität ist die Werterhaltung bezw. Wertschaffung, wobei man aber nicht rechnerisch den Aufwand mit dem Ertrag vergleichen kann, während bei der Rentabilität Aufwand und Ertrag rechnerisch verglichen werden können. Letztere ist also die rechnerisch erfaßbare Produktionssteigerung pro Einheit.*)

So hat der Nationalsozialismus auch das Wirtschaftsgebiet, das für den Bestand eines Volkes von überragender Wichtigkeit ist, nämlich die Landwirtschaft, aus dem kapitalistischen System herausgelöst und hat damit gezeigt, daß es wohl möglich ist, das liberalistische Prinzip der Gewinnwirtschaft durch die Bedarfsdeckungswirtschaft abzulösen.

So können durch die menschliche Tätigkeit die Naturgegebenheiten eines Landes verbessert werden. Durch Industrieverlagerung, durch die gleichzeitig eine Auflockerung der Städte erreicht wird, werden die Abwehrkräfte eines Volkes gesteigert, da die für einen Krieg notwendige industrielle Produktion unverwundbarer gemacht und die Bevölkerung ebenfalls gegen feindliche Angriffe geschützt wird. Durch Verbesserung der Ernährungsgrundlage wird ein Volk in die Lage versetzt, sich selbst zu genügen und damit vom Auslande unabhängig zu sein. Außerdem wird gerade durch die verbesserte Ernährungsgrundlage erreicht, daß ein Volk seiner Bevölkerungsentwicklung keine Fesseln aufzuerlegen braucht und die Nation somit die in einem Kriege unbedingt notwendigen Menschen für kämpfende Truppe und Produktion zur Verfügung hat.

In einem weiteren Punkt ist ein Volk von seinen geographischen Verhältnissen abhängig und zwar darin, wie reich die Natur das Land, in dem es wohnt, mit Bodenschätzen ausgestattet hat. Wie der Mensch nun versucht, sich in der heutigen Zeit von dieser Naturgegebenheit unabhängig zu machen, um — ebenso wie in den beiden eben behandelten Punkten — damit das potentiel de guerre seines Landes zu erhöhen, soll im nächsten Abschnitt dargestellt werden, da die Rohstoffrage noch unmittelbarer als das bisher Behandelte mit der industriellen Produktion im Zusammenhang steht.

*) Nach Vorlesungen von H. Wagenführ.

c) Einfluß der industriellen Produktion.

Vor dem Weltkriege hatten sich Wissenschaftler und Politiker damit beschäftigt, wie die Industrie einen Krieg überstehen könnte, da sie annahmen, daß in einem solchen Falle die Produktion stocken und ein großer Teil der Bevölkerung arbeitslos werden würde. Der Weltkrieg dagegen hat gerade das Gegenteil gezeigt, nämlich, daß die Industrie nicht so viel produzieren konnte, wie der Materialkrieg benötigte. Durch das moderne Waffenwesen steigert sich der Verbrauch an Munition und Ersatz ins Ungeheure. Im Weltkrieg verbrauchte z. B. ein Maschinengewehr 47 mal mehr, eine Haubitze 180 mal mehr Munition als im Frieden. Die Weltkriegserfahrungen haben gelehrt, daß eine Vermehrung der Maschinengewehrbestände auf das Zehnfache eine Vergrößerung des Munitionsbedarfes auf 47 000 %, daß ferner eine Verzehnfachung der Artilleriebestände eine Vergrößerung des Bedarfs an Artilleriemunition auf 180 000% bedeutet.*)

Aus diesen wenigen Zahlen geht bereits hervor, was der moderne Krieg an Material verschlingt. Jedoch nicht nur Munition wird beständig gebraucht, sondern auch das sonstige Material muß laufend ersetzt werden. Es hat sich nun gezeigt, daß die Privatunternehmungen am Anfang des Krieges nicht in der Lage waren, den auftretenden Bedarf zu decken. Sie konnten die Lieferfristen in keiner Weise einhalten. Christopher Addison **) gibt dafür folgende Zahlen an:

Es waren versprochen worden zum 1. 6. 1915 an Granathülsen	5 723 900
tatsächlich geliefert aber nur	1 526 400
sodaß die Werke mit	4 197 500
im Rückstand waren.	

Dagegen haben die staatlichen Rüstungswerke ihre versprochenen Lieferungen durch tatsächliche sogar übertroffen.

Die private Industrie konnte diesen Bedarf nicht in der vorgeschriebenen Zeit herstellen, da sie sich nicht binnen so kurzer Frist von ihrer bisherigen Produktion auf die Erfordernisse der kriegsmäßigen Produktion umzustellen vermochte. Wie lange es in den Vereinigten Staaten, die doch bereits vor dem Kriege industriell auf sehr hoher Stufe standen, dauerte, bis die Industrie nach der Kriegserklärung an Deutschland auf Heereslieferungen umgestellt war, gibt Major Rohde an: die Vereinigten Staaten seien im Weltkrieg trotz ihrer großen industriellen Leistungsfähigkeit bis zum Tage des Waffenstillstandes in Bezug auf die Ausstattung ihrer Armeen mit Geschützen, Munition, Kampfwagen und Flugzeugen vollständig von ihren Verbündeten abhängig gewesen. Sie hätten von allen Geschützen, die sie nach ihrem Eintritt in den Krieg für den Bedarf ihrer Truppen hergestellt hätten, in den 19 Monaten von der Kriegserklärung bis zum Waffenstillstand nur 4 Stück an die Front gebracht. Diese Angaben werden von englischer Seite durch Windston Churchill bestätigt, der während der letzten Kriegsjahre englischer Munitionsminister und damit mit allen die Bewaffnung und Ausrüstung der alliierten Heere betreffenden Fragen genau vertraut war. Erst im Jahre 1919, also im 3. Kriegs-

*) Nach Army-Ordnance, Januar-Februar 1935.
**) Nach Rolf Wagenführ a. a. O.

jahre, würde die unbegrenzte Leistungsfähigkeit der Industrie der Vereinigten Staaten durch Lieferung von Geschützen, Tanks usw. voll zur Geltung gekommen sein.

Die Zeitspanne für die Bewaffnung der Vereinigten Staaten von Amerika 1917—18.*)

Maschinengewehre.

Anfang April 1917: Bestellt bei der Savage Arms Corp. 1300 leichte Maschinengewehre.

Anfang Dez. 1917: Erste Lieferung — etwa 2000 Stück — acht Monate später.

Mitte Mai 1918: Lieferung des 16 000. leichten Maschinengewehrs.

Folgerung: Die Lieferung von 16 000 leichten Maschinengewehren hat zwölf Monate in Anspruch genommen, die Lieferung der ersten 2 000 Stück acht Monate.

Tanks.

Entschluß Tanks zu bauen.

Bau von 2 Versuchstypen . . . . August 1917

Erster Mustertank (frz. Renault) in Amerika . . . . Dezember 1917

Erste Lieferung von rund 30 Tanks . . . . Oktober 1918

Fertig bei Waffenstillstand (7. 11. 1918) rund 100 Stück.

Folgerung: Die Herstellung von Kampfwagen erfordert bei Neueinrichtung der Produktion zwischen zwölf und achtzehn Monaten. (Kein amerikanischer Tank ist mehr an die Front gekommen.)

Stahlhelme.

Die Herstellung dieses Ausrüstungsstückes gehört zu den einfachsten! Erst November 1917 — acht Monate nach der amerikanischen Kriegserklärung — standen genügend Stahlhelme zur Verfügung.

Pulver.

Ende 1917: Auftrag an die Du Pont Engineering Co., neue Fabriken mit einer Tagesleistung von 50 Tonnen Pulver zu bauen.

Anfang März 1918: Baubeginn.

Anfang Juli 1918: Erste Fabrik beginnt zu liefern — vier Monate Verzögerung.

Anfang Okt. 1918: Die Fabrik liefert die Hälfte (!) der verlangten Tagesleistung.

Folgerung: Vier Monate erfordert die Neuerrichtung der Fabrik, acht bis zwölf Monate die ausreichende Lieferung des verhältnismäßig leicht herstellbaren Kriegsmittels.

Granaten.

Dezentralisierte Herstellung: Granaten, Zünder, Kartuschen usw. in verschiedenen von Friedens- zu Kriegserzeugung umgestellten Fabriken.

Effekt: Von zwölf Millionen 7,5 Zentimeter-Granaten (April 1917 bis November 1918) wurden neun Millionen als unbrauchbar, weil unexakt oder detonationsgefährlich zurückgewiesen!

---

*) Aus „Kölnische Illustrierte Zeitung“ vom 1. 1. 1932. (Auf Grund von Angaben des englischen Majors Victor Lefebure in: „Scientific Disarmament“.)

Auftrag an die Cammel Laird Factory, Nottingham, im Juli 1915. Baubeginn: August 1915. Erste Lieferung: Mai 1916. Verlangte Leistung: 2000 28-Zentimeter- und 6000 20-Zentimeter-Granaten je Woche. Erreicht: September 1916.

Folgerung: Die durchschnittliche Umstellungsspanne bis zur Lieferung schwankt zwischen fünf und zwölf Monaten.

Geschütze.

Neuerrichtete Geschützfabrik der American Brake Shoe & Foundry Co. Baubeginn Juli 1917. Gebautes Modell: 15,5-Zentimeter-Haubitzen. Erste Lieferung versandbereit: Februar 1918. Umstellungsspanne: acht Monate.

Ehemalige Munitionsfabrik National Ordnance Factory, Nottingham: Juni 1917 Auftrag auf 20 18-Zentimeter-Haubitzen je Woche. September 1918: Das erste Geschütz dieser Bestellung verläßt das Werk — 15 Monate später!

Aus der Notwendigkeit, den ungeheuren, im Falle eines Krieges schlagartig auftretenden Bedarf der Armee zu befriedigen, und mit Rücksicht auf die im Weltkrieg bereits zutage getretene Tatsache, daß die Umstellung der industriellen Produktion von Friedens- auf Kriegsbedarf eine lange Anlaufzeit benötigt, ergibt sich die Forderung, daß die Industrie eines Landes bereits im militärischen Frieden auf die Möglichkeit eines Krieges vorbereitet wird, damit nicht das Land den Anforderungen eines totalen Krieges ungerüstet gegenübersteht. Aus diesem Grund muß die Industrie eines Landes durch entsprechende Maßnahmen auf die Aufgabe vorbereitet werden, die sie im Kriege erfüllen soll. Alle die Maßnahmen, die in einem Lande getroffen werden, um die schnelle Umstellung der Industrie auf die Erfordernisse der Kriegswirtschaft zu ermöglichen, fallen unter den Begriff der „wirtschaftlichen Mobilisation", oder, einschränkender ausgedrückt, unter die wirtschaftlichen Mobilisierungsvorbereitungen, da man unter Mobilmachung eigentlich alle die Vorkehrungen versteht, die unmittelbar mit dem Kriegsausbruch in Zusammenhang stehen. St. Pluzanski*) gibt 12 Leitsätze, die nach seiner Ansicht all' die Notwendigkeiten enthalten, die ein moderner Krieg an die Mobilmachung der Industrie stellt:

1. Die Pläne der industriellen Mobilmachung sind in die allgemeinen Mobilmachungspläne einzubetten.
2. Unter den Industriebetrieben sind diejenigen auszulesen, die der Mobilisierung unterliegen.
3. Unter diesen Betrieben ist die Reihenfolge der Arbeiten so festzusetzen, daß die Rüstungsaufträge nicht die „normale" Produktion stören.
4. Der Rüstungsbedarf des Heeres soll möglichst aus Großbetrieben gedeckt werden.
5. Die mobilisierten Privatbetriebe sollen unter Führung der privaten Unternehmer bleiben.
6. Um für den umfangreichen, in Kriegszeiten neu entstehenden, unvorhergesehenen Bedarf gerüstet zu sein, müssen im industriellen Mobilmachungsplan Reserven an Produktionskapazitäten sichergestellt werden.
7. Die Bereitstellung von Arbeitern und Spezialisten muß gesichert werden.
8. Für die in Frage kommenden Betriebe müssen Mobilmachungspläne aufgestellt werden.

*) Nach R. Wagenführ: „Kriegswirtschaft", S. 38/39.

9. Die Mobilmachungspläne der Betriebe müssen einer systematischen Durchsicht unterzogen werden.

10. In den mobilisierten Betrieben soll eine solche Reihenfolge der Arbeiten für die Kriegszeit festgelegt werden, daß die staatlichen Interessen mit denen der Privatindustrie verkoppelt werden (d. h. Gewährung eines angemessenen, aber nicht spekulativ überhöhten Gewinns; R. W.).

11. Bedingungen schaffen, daß die Industrie im Kriege normal arbeiten kann.

12. Die Kriegslasten auf die ganze Bevölkerung des Landes gleichmäßig verteilen.

Aus diesen Leitsätzen ist klar zu ersehen, wie notwendig eine Vorbereitung der Industrie auf den Krieg ist. Aber trotz allem wird, selbst bei den besten Vorbereitungen, die Industrie eine gewisse Anlaufzeit brauchen, bis sie zur vollen Leistungsfähigkeit entfaltet ist. Daher muß im Frieden bereits ein Vorrat vorhanden sein, der diese Anlaufzeit überbrückt. Debenay*) sagt dazu: „Vorbereitung der industriellen Mobilmachung und Bereitlegen einer bestimmten Materialmenge — das sind die ersten Notwendigkeiten, die sich aus dem Materialkrieg ergeben. Das bereitliegende Material erlaubt, den Krieg zu eröffnen; die industrielle Mobilmachung erlaubt, ihn weiterzuführen. Beide zusammen ergeben die materielle Kraft einer Armee."

Es muß bereits in Friedenszeiten ein Erzeugungsplan für die Industrie aufgestellt werden, nach dem man den Bedarf im Kriegsfalle decken kann. Aus der Gegenüberstellung der Leistungsfähigkeit der Industrie und diesem Bedarf ergeben sich die Maßnahmen, welche der Staat treffen muß. Vor allen Dingen ist dabei zu berücksichtigen, inwieweit der Rohstoffbedarf durch heimische Gewinnung befriedigt werden kann. Wenn ein Land nicht genügend Rohstoffe in seinen Grenzen hat, so hat es heute nicht mehr die Möglichkeit, diese einzuführen und für den Kriegsfall aufzuspeichern, denn der moderne Krieg stellt so hohe Anforderungen an ständigen Ersatz, daß es praktisch nicht möglich ist, so große Mengen aufzustapeln, abgesehen von der finanziellen Belastung, die daraus der gesamten Volkswirtschaft entstehen würde. In den Vereinigten Staaten werden die Rohstoffe in folgende Gruppen eingeteilt:**)

a) strategische Rohstoffe, d. s. solche, die im Lande in ungenügender Menge vorhanden sind,

b) kritische Rohstoffe, d. s. solche, deren vorhandene Menge gerade noch ungefähr dem Kriegsbedarf entspricht, und

c) überschüssige Rohstoffe.

Von diesen Gesichtspunkten muß auch der Staat ausgehen, wenn er bereits in Friedenszeiten Vorbereitungen treffen will, um der Gefahr eines Rohstoffmangels in Kriegszeiten zu entgehen. Da auf Grund des oben Gesagten eine Vorratswirtschaft nicht tragbar ist, muß bei den wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen bereits eine „Rohstoffbewirtschaftung" einsetzen. Es gibt nun verschiedene Wege. Zunächst ist es möglich, Rohstoffe, die im Frieden verwendet werden, im Kriegsfalle für die Herstellung von Kriegsgerät heranzuziehen, wie es bereits im Weltkriege geschehen ist.

*) „Welche Forderungen stellt der Materialkrieg?" in Revue d'infanterie, Nr. 488.
**) Nach R. Wagenführ zitiert a. a. O., S. 33.

Italien hat bewußt in Friedenszeiten für die Landesverteidigung wichtige Rohstoffe so angesammelt, daß sie für die Volkswirtschaft keine unmittelbare Belastung waren. Es wurde z. B. die Einräumung von Konzessionen für Gastwirtschaften davon abhängig gemacht, daß Kupfergeschirre benützt würden. Außerdem hatte Italien in großem Maße Nickelmünzen eingeführt, die es im abessinischen Krieg sofort einzog.

Ein wichtiger Punkt ist die Rückverwandlung. Darunter versteht man die Wandlung eines fertigen Produktes (z. B. einer Kirchenglocke) in den Rohstoff und die Wandlung dieses in ein neues Produkt (z. B. Kanone).*) Als Windston Churchill den „Gummikrieg" führte, um für die Produzenten von Rohgummi einen höheren Preis herauszuholen, setzte Amerika sofort mit einer Abwehraktion ein. Als die Amerikaner errechneten, daß sie bereits im ersten Jahre 100 Millionen Dollar durch diese Preisheraufsetzung verloren hatten, begannen sie auf Anregung Hoover's hin, alte Autoreifen zu sammeln und umzuarbeiten, zu „regenerieren". Der Erfolg war, daß im Jahre 1921 in den Vereinigten Staaten etwa 40 000 Tonnen regenerierten Kautschuks verbraucht wurden; 1927 waren es 180 000 Tonnen und 1930 sogar 224 000 Tonnen. Auch durch eine gut organisierte Abfallwirtschaft können viele Rohstoffe vor dem Untergang bewahrt und einer neuen Verwertung zugeführt werden. Ferner wird sich im Kriegsfalle auch eine Umschichtung des Verbrauchs ergeben bezw. wird diese mit staatlichen Mitteln erzwungen werden müssen, damit kriegswichtige Rohstoffe der kriegsmäßigen Produktion zugeführt werden können. Außerdem muß bereits im Frieden untersucht werden, welche Rohstoffe, die nicht innerhalb der eigenen Landesgrenzen gewonnen und daher aus dem Auslande eingeführt werden müssen, durch heimische Produktion ersetzt werden können.

Damit wird die zurzeit aktuellste Frage berührt, nämlich die Ersatzwirtschaft. Es ist nicht erforderlich, daß ein Ersatzstoff die gleiche Eigenschaft hat wie der zu ersetzende Rohstoff, sondern er muß nur gleichwertig sein. So ist z. B. der synthetische Kautschuk dem natürlichen überlegen, da er hitzebeständiger und von Oel nicht angreifbar ist. Frankreich, das — ebenso wie Deutschland — bis auf geringfügige Vorkommen keine eigenen Oelquellen im Lande hat, hat sich entschlossen, Oelreserven in Behältern anzusammeln. In dem Gesetzentwurf Nr. 1537, Sitzung 1925, 13. Legislaturperiode, schätzte die Kriegsmarine ihren Oelbedarf für 1932 unter Berücksichtigung des vorgesehenen Rythmus der Erneuerung wie folgt:

1 700 000 Tonnen Masud,
100 000 Tonnen Gasöl,

das wären ungefähr 9/10 des jährlichen Verbrauches in Kriegszeiten. Die Kredite, die für die am 1. Januar 1934 beendeten Bauten in Anspruch genommen wurden, betragen ungefähr 450 Millionen Francs. Für diese Summe würde sich die Kapazität der Oelbehälter etwa wie folgt stellen:

1 700 000 Tonnen in Behältern unter freiem Himmel,
745 000 Tonnen in eingegrabenen Behältern,
465 000 Tonnen in eingekellerten Behältern.

Diese Oelmengen würden im Kriegsfalle ungefähr den Bedarf der Kriegs-

*) Nach dem Seminar von H. Wagenführ — Dr. Blau.

marine decken können, jedoch ist dabei der Bedarf der Armee nicht berücksichtigt, die gerade durch die immer fortschreitende Motorisierung einen ungeheuren Verbrauch an flüssigen Treibstoffen haben wird. Inwieweit es heute möglich sein würde, den Treibstoffverbrauch im Kriege durch Herstellung synthetischen Benzins oder Verwendung gasförmiger Treibstoffe zu decken, läßt sich aus naheliegenden Gründen nicht feststellen.

Die moderne Industrie verwendet zum Antrieb ihrer Maschinen heutzutage größtenteils elektrische Energie. Der ungeheure Aufschwung der Energiewirtschaft muß daher bereits im Frieden den veränderten Verhältnissen eines Krieges angepaßt werden. Es muß daher bei wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen auch in einem Plan festgelegt sein, wie die einzelnen Kraftzentren sich bei Ausfällen durch feindliche Einwirkung unterstützen können. Es ist selbstverständlich, daß Neuanlagen unter Berücksichtigung der Fliegergefahr gebaut werden müssen. Die Vereinigten Staaten haben alle Kraftleitungen über 5000 Kilowatt kartographisch aufgenommen. Die Leiter der Kraftbezirke haben im Kriegsfalle diktatorische Gewalt. Ferner muß untersucht werden, inwieweit Steinkohle als Betriebsmittel durch andere Betriebsmittel ersetzt werden kann, da die heutige chemische Industrie Steinkohle als Ausgangsprodukt bei der synthetischen Herstellung von Ersatzstoffen in großem Maße benötigt. Durch eine solche zielbewußte Rohstoffpolitik bereits im Frieden kann die industrielle Produktion für den Kriegsfall in weitgehendem Maße sichergestellt werden, abgesehen davon, daß Deutschland z. B. auf Grund der weiter oben angeführten wirtschaftlichen Verhältnisse auch auf dem Rohstoffgebiet ebenso wie in der Ernährungswirtschaft in eine gewisse Autarkie hineingezwungen worden ist.

Die industrielle Produktion ist aber nur möglich, wenn die menschliche Arbeitskraft Rohstoffe und Hilfsstoffe miteinander vereinigt und durch ihre Initiative die Maschinen in Gang setzt. Es ist offensichtlich, daß im Falle eines Krieges der Bedarf an Menschen ebenso wie die Produktion ruckhaft steigt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Heer, mit der Waffe in der Hand, dem Ansturm des Feindes widerstehen muß und dafür ein großes Aufgebot besten Menschenmaterials benötigt. Gleichzeitig aber muß die Industrie das Material herstellen, das das Heer braucht, damit es seine Aufgabe, die Verteidigung des Landes, erfüllen kann. Aus dieser Tatsache ergibt sich der Widerstreit, daß einmal eine möglichst große Zahl waffenfähiger Männer das Land verteidigen soll, andererseits aber von der für den Kriegsbedarf ausgeweiteten Produktion ebenfalls viele Menschen benötigt werden. Daher muß man sich bereits in Friedenszeiten darüber klar sein, wie und auf welche Weise der Bedarf von Heer und Produktion an menschlichen Arbeitskräften befriedigt werden kann. Es geht nicht an, daß wahllos die Männer aus den Betrieben gerissen werden, da sonst die Produktion stocken würde, andererseits aber kann man auch nicht alle in den Betrieben lassen, da das Heer auf diese Weise nicht genügend aktive Abwehrkräfte sammeln könnte. Aus diesem Grunde muß in dem allgemeinen Mobilisierungsplan der Industrie festgelegt sein, welche Menschen für die Weiterführung des Betriebes unbedingt benötigt werden und welche für den Heeresdienst zur Verfügung stehen. Ebenso muß festgelegt sein, welche Arbeiter sich auf Grund ihrer Ausbildung besonders für die Beschäftigung in kriegswichtigen Industrien eignen. Zu dieser Frage gehört auch der Ersatz von Männern durch Frauen und Kinder. Dazu muß ein allge-

meines Kriegsdienstgesetz bereits im Frieden vorhanden sein, in welchem grundsätzliche Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Arbeitszeit und Entlohnung enthalten sind. Ueber die Wichtigkeit des Bildungs- bezw. Ausbildungsstandes der Bevölkerung wurde bereits weiter oben im Zusammenhang mit der zu betreibenden Bevölkerungspolitik eines Staates gesprochen. Wichtig ist es, daß grundsätzlich bereits im Frieden Klarheit darüber besteht, welche Betriebe für die Kriegswirtschaft unbedingt unentbehrlich sind und welche geschlossen werden können, damit Menschen für die Arbeit in lebenswichtigen Industrien bezw. für den Heeresdienst frei werden.

Welche Betriebe für die Landesverteidigung von besonderer Wichtigkeit sind, hat das Kriegsministerium der einzelnen Staaten zu entscheiden. Dieses verschafft sich einen genauen Einblick in die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebe durch Erfahrungsaufträge, das sind solche Aufträge, durch welche die Leistungsfähigkeit sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht geprüft werden soll. Wieweit in einzelnen Staaten der Gedanke der wirtschaftlichen Mobilmachung Gestalt angenommen hat, soll durch Heranziehung des gesetzlichen Materials beleuchtet werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind auf Grund der weiter oben geschilderten Erfahrungen, die sie während des Weltkrieges machen mußten, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bestehenden Regierungsarsenale und die private Rüstungsindustrie nicht imstande sein können, den Bedarf eines Materialkrieges zu decken. Aus diesem Grunde hat sich die Regierung entschlossen, folgende Maßnahmen zu treffen.*)

Die Grundlage bildet das Landesverteidigungsgesetz vom 4. Juni 1920. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium (Assistent Secretary of War) hat die Aufgabe, im Kriege wie im Frieden den Materialbedarf der Armee sicherzustellen. Zu diesem Zwecke muß eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Generalstab und dem Unterstaatssekretär bestehen. Die gesamte Verwaltung ist in 7 Zweige mit besonderen Arbeitsgebieten unterteilt. Diese Gebiete sind:

Verpflegung (Quarter Master Corps),
Bewaffnung (Ordnance),
Flugwesen (Air Corps),
Sanitätsdienst (Medical Corps),
Nachrichtenmittel (Signal Corps),
chemische Kampfstoffe (Chemical Warfare Service),
technische Arbeiter (Corps of Engineers).

Diese einzelnen Aemter sind durch technisch vorgebildete Offiziere besetzt. Dazu kommt noch eine Studienkommission aus Zivilfachleuten. Zwei Kommissionen unterstehen direkt dem Unterstaatssekretär und zwar die für elektrische Kraftanlagen und für Schiffsbauten. Bei jeder Dienststelle beruht der nach den Anforderungen des Generalstabs aufgestellte Fabrikationsplan auf der Arbeit von 3 Unterabteilungen:

Abteilung I ermittelt geeignete Fabrikanlagen,
„ II hat die Sicherstellung der Rohstoffversorgung dieser Fabriken,
„ III überwacht die Fabrikationsweise und macht den Betrieb mit den technischen Fortschritten vertraut.

*) Nach Oberstleutnant de Gaule in „Revue militaire française", Nr. 151.

Diese Vorbereitungen mußten nun in die Tat umgesetzt werden, d. h. große, gut eingerichtete Werke mußten zu einer sofortigen Umstellung auf Kriegsfabrikation befähigt werden. Es ist klar, daß dazu eine große organisatorische Arbeit geleistet werden mußte, dies ist jedoch in vollem Umfange geschehen. Durch die Erfahrungsaufträge sind der Unterstaatssekretär bezw. die einzelnen Unterabteilungen genau im Bilde, was jeder einzelne Betrieb zu leisten vermag bezw. wie lang er für die Umstellung der Friedens- auf die Kriegsproduktion braucht. Jeder Verwaltungszweig hat das Land in Bezirke eingeteilt, z. B. das Waffen- und Munitionsamt in vierzehn. An der Spitze eines jeden Bezirks steht eine leitende Persönlichkeit des betreffenden Industriezweiges mit einem ihr zugeteilten Offizier und daneben noch ein Stab von Fachleuten. Die Zivilpersonen arbeiten ehrenamtlich und behalten im Mobilmachungsfalle ihren Posten bei. Die Bezirksleitung verteilt auch die Bestellungen. Die Offiziere nehmen persönliche Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten und erkunden die Fabrikationsanlagen. Voraussetzung für dieses System ist ein gegenseitiges Verstehen und die Kenntnis beider Gebiete, sowohl des militärischen wie des wirtschaftlichen. Diese Offiziere erhalten eine besondere Ausbildung in dem „Army industrial college" (gegründet 1924). Außer diesen in Friedenszeiten eingesetzten Offizieren werden in der gleichen Anstalt Reserveoffiziere ausgebildet. Die Vereinigten Staaten schätzen ihren Bedarf an solchen Offizieren auf 4—6000. Studenten machen auf dieser „Militärakademie für Kriegswirtschaft" eine Sonderausbildung durch, um später als Leiter eines solchen Bezirkes bezw. als Mitarbeiter eingesetzt werden zu können.

Um zu vermeiden, daß sich die riesigen Kriegsgewinne Einzelner wiederholen könnten, wurden von dem Generalintendanten Rugles Musterverträge vorgeschlagen. Darnach darf der Gewinn für die Industriellen grundsätzlich nur 5 % des Gesamtwertes der Bestellung betragen. Eine Erhöhung bis 12½ % ist jedoch zulässig, wenn der Unternehmer durch Senkung der Selbstkosten unter dem Voranschlag bleibt und so dem Staate Ersparnisse möglich macht. Auf jeden Fall aber muß bei allen Aufträgen eine einprozentige Verzinsung gesichert sein. Dies soll eine Art Versicherung gegen häufig vorkommende Fehlschläge sein, die bei der Umstellung auf einen neuen Produktionszweig möglich sind. Ebenso ist eine Beteiligung des Staates bei Neuanlagen oder Umbauten vorgesehen.

Seit 1930 haben bereits mehr als 20 000 Fabriken „Kriegsaufträge" erhalten, mit denen ihre Leistungsfähigkeit geprüft werden sollte. Die Industriellen haben dabei willig mitgearbeitet und selbst Entwürfe über ihr Leistungsvermögen aufgestellt, sowie Pläne entworfen, um ihre Fabrik in einem Mobilmachungsfalle möglichst schnell umstellen zu können.

Auch die Rohstoffversorgung ist geregelt, damit die Spekulation ausgeschaltet wird, ebenso der gegenseitige Wettbewerb, damit nicht alle Pläne umgestoßen werden. Die Beschaffungsabteilung jedes einzelnen Verwaltungszweiges hält durch eine Liste der Bestände der „strategischen Rohstoffe" die Zentralstelle auf dem Laufenden.

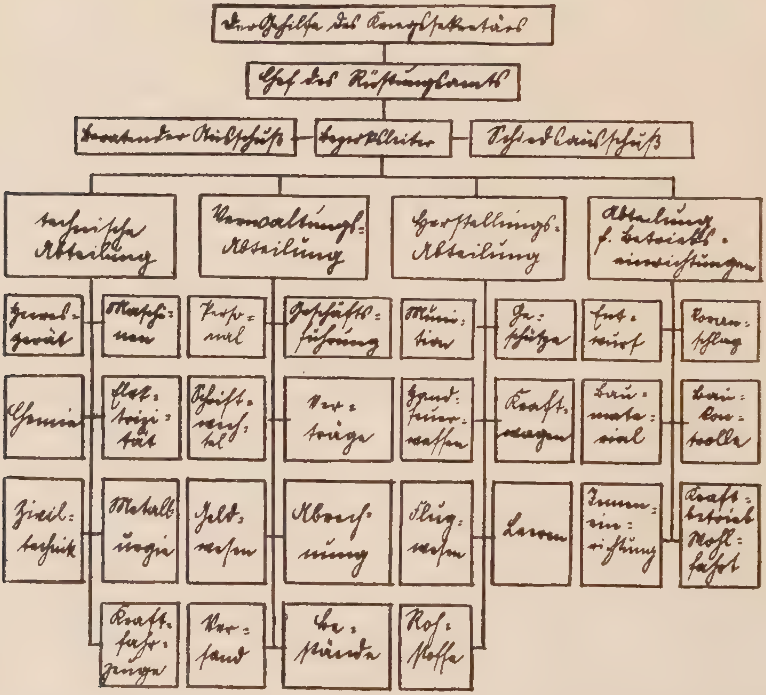
Die Einteilung eines solchen Rüstungsbezirkes geht aus einem Rundschreiben des Rüstungsbezirkes New York hervor:*)

*) Army-Ordnance 1926, Heft 38 (Auszug, zitiert nach R. Wagenführ a. a. O., S. 48 ff.)

Einteilung des Rüstungsbezirks.

1. Die Rüstungsreservewerkstätten sind der Hauptbestandteil des Bezirks als Element der Landesverteidigung. Die Bezirksleitung kennt den Bedarf des Heeres an Heeresgerät. Der Beratende Ausschuß übermittelt diesen Bedarf an die Industrie und umgekehrt das Leistungsvermögen der Industrie an die Regierung. Der Schiedsausschuß sucht der Industrie bei ihren Bemühungen, den Anforderungen der Regierung nachzukommen, gerechte Behandlung zu gewährleisten.

Die Organisation des Rüstungsbezirks.



Die Industrie aber — und nur die Industrie — kann durch die Rüstungsreservewerkstätten erzeugen und Heeresgerät liefern. Die Privatfabriken, die vom Gehilfen des Kriegssekretärs in Aussicht genommen worden sind, werden Rüstungsreservewerkstätten genannt, wenn sie ihre Bereitwilligkeit erklären, mit der Bezirksleitung an der Verwirklichung eines angemessenen Grades industrieller Bereitschaft zusammenzuarbeiten. Ihre Stellung als Gesellschaft ist ähnlich der der Rüstungs-Reserveoffiziere als Einzelpersonen.

2. Im Frieden ist die Hauptaufgabe der Rüstungsreservewerkstätten, ihre Kriegspläne zur Herstellung jenes Heeresgeräts auszuarbeiten, das ihnen von der Bezirksleitung übertragen worden ist. Da so ziemlich jeder einzelne Gegenstand von Heeresgerät verschieden ist, so wird auch jeder Kriegserzeugungsplan verschieden sein. Im allgemeinen muß er folgendes enthalten:

a) Abschrift des „versuchsweisen Auftrages“ mit Einschluß des Erzeugungszeitplanes.
b) Einen vollständigen Satz von Zeichnungen und Liefervorschriften.
c) Feststellung in großen Zügen der Schritte, die getan werden müssen, um einen Liefervertrag im Krieg wirksam werden zu lassen.
d) Arbeits- oder Richtungsblätter, welche die verschiedenen erforderlichen Arbeiten in der richtigen Ordnung und Folge angeben.
e) Feststellung des Bedarfs an nachfolgenden Gegenständen, die zur Ausführung der Arbeit erforderlich sind:

1. Rohstoffe,
2. fertige Bestandteile,
3. halbfertige Bestandteile,
4. Erzeugungsmaschinenausrüstung,
5. Werkzeugmaschinen,
6. Schablonen und ortsfeste Maschinenteile,
7. kleine Werkzeuge,
8. Leeren,
9. Instrumente,
10. verschiedene Ausrüstungsgegenstände,
11. Kraftbedarf.

Diese Aufstellungen müssen die jährlich erforderlichen Gesamtmengen angeben, die beabsichtigte Bezugsquelle erkennen lassen und die planmäßigen Lieferzeiten bei den Werken nachweisen, wobei die Zeit berücksichtigt werden muß, die mit Beförderungs- und Fertigungsarbeiten verbraucht wird.

f) Ein ausführungsfertiger Lieferungsvertrag. ......

4. Nach richtiger Ueberlegung braucht nichts im voraus wirklich ausgeführt zu werden, was im Kriege ohne Zeitverlust erfolgen kann. Die Bedarfsermittlung, die Feststellung vordringlicher Lieferungen und die Sicherstellung von Lieferquellen kann dagegen im voraus unendlich viel besser erfolgen, als nachdem der Krieg zur Tatsache geworden ist. Die so gesparte Zeit ist außerordentlich wichtig. ......

7. Ein weiterer Schritt zur völligen industriellen Bereitschaft würde in der Vergebung von „Lehraufträgen“ zwecks Fertigung von Heeresgerät zur Deckung des laufenden Bedarfs liegen (inzwischen in die Praxis umgesetzt. R. W.) ....

Im Kriege sind die Lieferanten für Regierungsbedarf durch einander widersprechende Anweisungen häufig zur Verzweiflung gebracht worden. Sie erhielten solche von verschiedenen Amtsstellen und alle hatten scheinbar das volle Gewicht der Regierungsautorität hinter sich. Um eine Wiederholung zu verhindern, wird für jede Rüstungsreservewerkstätte ein dort wohnender Geräteoffizier ernannt. Jeder Verkehr zwischen der Regierung und dem Lieferanten, ob er nun die Beschaffung, die Erzeugung, Besichtigung, Vordringlichkeit, weitere Hilfseinrichtungen oder Verwaltungstätigkeit, wie Verrechnung, Bezahlung, Versand usw. betrifft, wird durch diesen Geräteoffizier gehen. ......

In Amerika ist der Privatinitiative noch viel Spielraum gelassen, da die Vereinigten Staaten immerhin auf Grund ihrer vielen Möglichkeiten und ihrer

sicheren Lage nicht unmittelbar gefährdet sind. Ganz anders jedoch ist die Organisation der gesamten Wirtschaft in Italien durchgeführt worden. Es ist im Verhältnis zu USA. ein sehr armes Land, weil sich für die Abwehrwirtschaft große Schwierigkeiten ergeben. Dafür jedoch hat Italien die Möglichkeit, durch seine starke Regierung und durch das faschistische System alle Hilfsquellen restlos auszunutzen. Unmittelbar nach der Machtergreifung durch den Faschismus in Italien nahm Mussolini die Organisation des italienischen Volkes für die Landesverteidigung in Angriff. Das erste Gesetz dazu wurde am 7. Januar 1923 erlassen: Der Reichsverteidigungsrat umfaßt unter dem Vorsitz des Duce die wichtigsten Minister, den obersten Armeeführer und den Vorsitzenden des Landes-Mobilmachungsausschusses; in letzterem sind auch führende Persönlichkeiten der Wirtschaft vertreten. Am 8. Juli 1925 wurde das Gesetz über die „Organisation der Nation für den Krieg" erlassen. Dies gibt den Behörden weitgehendste Befugnisse. Da den Zivilministerien noch die Erfahrungen der Kriegsministerien fehlen, haben letztere zunächst die Befugnisse, die eigentlich den Zivilministerien zustehen, übertragen bekommen. Auch die Verteidigungspflicht gegenüber dem Vaterlande außerhalb des Heeres ist durch dieses Gesetz geregelt. Alle Bürger über 14 Jahre, gleich welchen Geschlechts, werden erfaßt und sind auch außerhalb der Wehrmacht „der Kriegsdiziplin" unterworfen. Jedes Ministerium hat einen eigenen Mobilmachungsplan für sein Aufgabengebiet vorzubereiten, ebenso alle Gesellschaften und Organisationen, für die im Kriegsfalle eine Aufgabe vorgesehen ist. Diese Vorbereitungen werden zusammen mit dem Landes-Mobilmachungsausschuß durchgeführt, wobei jedoch der Reichsverteidigungsrat den letzten Entscheid hat, um Ueberschneidungen oder Gegensätzlichkeiten zu vermeiden. Die Regierung hat ständig das Recht, alle Bürger, Güter und Dienstleistungen für sich zu beanspruchen, ebenso wie auch Patente der Beschlagnahme verfallen.

Innerhalb dieser grundsätzlichen Bestimmungen gibt das Gesetz die Teilgebiete an, auf denen die Organisation weiter auszubauen ist: die Kriegsmaterialerzeugung, soweit sie nicht in eigenen Betrieben der Wehrmacht erfolgt, die Einfuhr, die Ernährung, die Propaganda und Fürsorge, die Arbeitskräfte. Diese Vorbereitungen hat das „Büro für zivile Mobilmachung", das dem Corporationsministerium direkt unterstellt ist, und diese Verbindung mit dem durch und durch faschistischen Ministerium gibt ihm besonderen Rückhalt. Der Vorstand ist ein General, Mitglieder sind die Mehrzahl der leitenden Persönlichkeiten der Ministerien, der Direktor der Bank von Italien, der Generaldirektor der Eisenbahnen und einige andere führende Persönlichkeiten der Wirtschaft.

Die Kriegsfabrikation hat frühzeitig ihre gesetzliche Unterbauung erhalten. Seit 1920 (also bereits vor der Machtergreifung durch den Faschismus) gab es „industrielle Beobachter". Dies waren 50 dem Wehrkreiskommandeur zugeteilte Offiziere, die mit den Industrien ihres Bezirkes in Verbindung standen und die Kriegsvorbereitungen fördern sollten. Ihnen fehlten allerdings bestimmte Befugnisse und daher konnten sie auch nur wenig ausrichten. Doch wurde durch das Gesetz vom 6. September 1923 ihrer Tätigkeit eine gesetzliche Grundlage gegeben und seitdem haben sie ein unbedingtes Besichtigungsrecht sämtlicher industriellen Anlagen. Sie stehen in Verbindung mit dem Landes-Mobilmachungsausschuß, der so eine wirksame Aufsicht über die Industrie ausüben kann.

Diese Verschmelzung der technischen Dienststellen mit der Industrie schien nicht zu genügen. Im November 1929 wurde das oben genannte Gesetz erweitert, wodurch die Regierung eine förmliche Oberleitung über die Fabriken erhält. Darnach stellt das Corporationsministerium zeitweise eine Liste der für die Landesverteidigung besonders wichtigen Industrien auf. Kein Unternehmen dieser Art hat künftig das Recht, sich ohne Erlaubnis des Corporationsministeriums niederzulassen, zu erweitern oder umzustellen. Die Erlaubnis kann nur das Büro für zivile Mobilmachung erteilen. Dieser Erlaß sichert also dem Staate einen ständigen Einfluß auf alle für die Zwecke der Landesverteidigung geeigneten Betriebe.

Das Gesetz vom 2. Januar 1933 geht noch weiter. Die bisher auf besonders kriegswichtige Industrien beschränkte Abhängigkeit vom Büro für zivile Mobilmachung wird noch weiter ausgedehnt. Wohl wird ein Zentralorgan eingerichtet, in dem die verschiedenen Wirtschaftsverbände vertreten sind und in dem die technischen und sonstigen Interessen der Industrie zu Worte kommen sollen, aber Entscheidungen zu fällen ist ausschließlich Sache des Corporationsministeriums.

Diese straffe Staatsaufsicht gibt dem Büro für zivile Mobilmachung geradezu unbegrenzte Möglichkeiten. Außer der Erreichung der militärischen Ziele konnte auf Grund dieser Gesetze auch die Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Angriff genommen werden und der Faschismus hat auch nicht versäumt, von einer so günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Aus dem gleichen Grundgedanken heraus, daß die Industrie für einen Krieg von überragender Bedeutung ist, wurde 1929 der „Landesrat für Forschungen" unter dem Vorsitz Marconis gebildet. Zu seinem Aufgabenkreis gehört die gesamte Wissenschaft, insbesondere jedoch die Erfindertätigkeit, in den Dienst des technischen und industriellen Fortschritts Italiens zu stellen. Auch hier ist wieder das Büro für zivile Mobilmachung eingeschaltet, indem es seine Vertreter, Gelehrte und Erfinder, laufend darüber unterrichtet, welche Fragen die Wehrmacht beschäftigen.

— Zweifellos hat die Tätigkeit dieser Einrichtung einen großen Anteil an dem Fortschritt der italienischen Luftwaffe. —

Voraussetzung für eine so starke Einflußnahme der Mobilmachungsstellen ist weitgehendstes Verständnis für technische Fragen. Aus diesem Grunde wurde an der Hochschule für Ingenieure eine besondere Abteilung für militärische Fragen eingerichtet. Sie wird besucht von einer bestimmten Anzahl von Offizieren und jungen Leuten, die sich Zivilberufen zuwenden wollen. Studenten können an dieser Anstalt das „Diplom des Ingenieurs für das Waffenwesen" erlangen. Aus ihren Reihen gehen die Industriebeobachter, der Stab des Büros für zivile Mobilmachung und Ingenieure für die Waffenfabriken hervor. Auch die übrige Industrie findet hier die nötigen Fachleute, um die Umstellung auf Kriegsmaterialerzeugung vorzubereiten. Die italienische Regierung ist so im Notfalle stets in der Lage, die Industrie zu leiten und den größtmöglichen Nutzen aus ihr zu ziehen.

Im Mai 1931 wurden durch das Gesetz der Kriegsdisziplin die aus der zivilen Mobilmachung entspringenden Pflichten klargestellt. Bevölkerung beiderlei Geschlechts über 14 Jahren kann im Zivildienst für Staatsdienst und auch für private Unternehmungen, die für die Landesverteidigung arbeiten, mobil gemacht

werden. Diese Regelung enthält scharfe Bestimmungen über Anwesenheit, Leistung und Gehorsam. Rechtsprechung erfolgt durch die Kriegsgerichte. Es gibt auch „Fahnenflucht" bei mobil gemachten Betrieben. Die Lohn- und Gehaltsfrage ist so geregelt, daß die Einzelnen soviel bekommen, wie die militärischen Grade, deren Rang ihre Tätigkeit entspricht. Die Rekrutierung erfolgt durch die Komitees für zivilen Widerstand, die in jedem Gemeinwesen unter Leitung des Bürgermeisters stehen. Jede Dienstleistung kann von ihnen verlangt werden. Gleichzeitig haben sie die Ueberwachung der öffentlichen Meinung und die Propaganda unter sich. Diesen Komitees gehören daher auch die Schriftführer der örtlichen faschistischen Organisationen an.

Am 2. März 1933 wurde das „Amt für Vermittlung von wirtschaftlichen Nachrichten" gegründet. Es ist an das Corporationsministerium angeschlossen und gehört somit letzten Endes wieder dem Büro für zivile Mobilmachung an. Seine Angehörigen genießen die gleichen Rechte wie die Industrie-Beobachter und dürfen auch in Handelshäusern Einblick nehmen. Auf diese Weise ist eine Kontrolle von Vorräten und Einfuhr und Verteilung möglich, wodurch auch eine entsprechende Rohstoff- und Fertigwaren-Politik getrieben werden kann. So können für Einfuhrwesen, Ankäufe, Beschlagnahme usw. die auf Grund eingehender Kenntnis der Lage notwendigen Pläne für die Kriegsmaterialerzeugung, das Wirtschaftsleben und die Ernährung aufgestellt werden. Aldo Valori sagt im „Corriere della Serra" zu dieser Organisation des italienischen Volkes und seiner Wirtschaft: „Der ganze Aufbau unseres Staates schaltet die Reibungen, die Doppelarbeit und die bürokratischen Schwierigkeiten aus. Die technische Organisation der Nation für den Kriegsfall hält Schritt mit der Arbeit der Wehrmacht und der moralischen Vorbereitung des neuen Geschlechts unter dem Zeichen des Liktorenbündels."

Mussolini hat in seiner Rede vom 23. März 1936 folgendes ausgeführt:
„Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Italien bedeutet

1. Aufsicht der Korporation über Landwirtschaft, kleine Industrien und Binnenhandel,
2. Abhängigkeit durch Zuteilung von Devisen und Staatsaufträgen,
3. Kreditabhängigkeit der mittleren Industrien vom Staat und
4. Erwerb der Aktienmehrheit von Großindustrie-, Bank- und Versicherungsunternehmungen durch den Staat."

So hat Italien seine gesamte Wirtschaft in den Dienst der Nation gestellt, um für den Fall eines Krieges gewappnet zu sein. Daß diese Organisation ihren Zwecken gerecht werden konnte, hat die Erfahrung des abessinischen Krieges gelehrt.

Aehnlich scharfe Gesetze hat auch Frankreich erlassen, um auch seine Wirtschaft für alle Fälle vorzubereiten.

Diese Beispiele mögen genügen um zu zeigen, welch große Bedeutung die einzelnen Staaten den Vorbereitungen einer wirtschaftlichen Mobilisation beimessen. Auf Grund des angeführten Materials und der Ausführungen glaubt der Verfasser dargelegt zu haben, daß es im Bereich der menschlichen Produktivkraft liegt, durch schöpferische Tätigkeit das potentiel de guerre durch Verbesserung der Bevölkerung eines Landes sowohl an Zahl wie Struktur, durch Verbesserung der geographischen Gegebenheiten und durch Vorbereitung der gesamten Produktion für einen möglichen Krieg zu erhöhen. Es unterliegt

keinem Zweifel, daß diese einzelnen Faktoren in einem Kriege von universellem Charakter für die Abwehrkraft eines Volkes von ungeheurer Bedeutung sind. Daher muß es die Aufgabe einer jeden verantwortungsvollen Regierung sein, alle Möglichkeiten einer solchen Sicherung auszuschöpfen.

Es ist nun die Frage, wer bei derartigen Arbeiten in einem Staate die Oberleitung haben bezw. wer im Kriege die wirtschaftliche Mobilisierung durchführen soll.

IV.
Zusammenhang zwischen Strategie und potentiel de guerre.

Im Falle eines Krieges muß aus den bekannten Gründen die gesamte Wirtschaft eines Staates auf die Erfordernisse umgestellt werden, die von der militärischen Leitung erhoben werden. Wie gezeigt, müssen aber bereits in Friedenszeiten alle Wirtschaftszweige vorbereitet werden, damit sie ihren Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Aus diesem Grunde wird von militärischer Seite der Bedarf des Feldheeres an Waffen, Munition und sonstigem Material geschätzt, es werden also die Mengen angegeben, welche die Wirtschaft aufbringen muß, wenn ein Krieg Aussicht auf Erfolg haben soll. Ferner müssen alle die Maßnahmen getroffen werden, damit sowohl die industrielle Produktion wie auch die nötigen Lebensmittel für Heer und Heimat sichergestellt werden. So werden von den Organen der Landesverteidigung bestimmte Forderungen aufgestellt, von deren Erfüllung die Verwirklichung ihrer Aufgaben abhängt. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen militärischer und politischer Führung eines Staates, wenn man nicht überhaupt so weit gehen will, wie es bereits in Italien durchgeführt ist, daß auch im Frieden die militärische Leitung den entscheidenden Einfluß auf die gesamte Gestaltung des Wirtschaftslebens hat.

In Amerika spricht man, wie oben gesagt, von „strategischen Rohstoffen", wenn diese in nicht genügender Menge im Lande vorhanden sind. Diese Bezeichnung ist jedoch nicht zutreffend, da alle Rohstoffe — mit geringen Ausnahmen — für die wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen von Bedeutung sind. Jedoch soll mit diesem Ausdruck wahrscheinlich gesagt werden, daß die militärische Führung sich mit diesen knappen Rohstoffen besonders zu beschäftigen hätte. Man sprach bisher schon von strategischen Eisenbahnen oder sonstigen strategischen Bauten und wollte damit sagen, daß diese speziell für die Landesverteidigung angelegt sind. Der Gebrauch des Ausdrucks strategisch in diesem Sinne ist aber im Zeitalter des totalen Krieges zu eng gefaßt, da heute alle Einrichtungen eines Volkes für die Kriegführung von Bedeutung sind. Strategie ist militärisch

a) die Lehre von der Kriegführung und

b) diese selbst.

Clausewitz sagt: „Strategie ist die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges." Da nun aber heutzutage ein Krieg nicht nur durch „den Gebrauch der Gefechte" (im engeren Sinne) gewonnen werden kann, sondern, wie gezeigt, viele andere Faktoren dabei eine Rolle spielen, müssen diese ebenfalls von der Strategie erfaßt und eingesetzt werden. Der Stratege hatte bisher nur den

rein militärischen Plan aufgestellt, mit dessen Hilfe er seinem Lande den Sieg erringen wollte. Heute jedoch muß er sich unbedingt auch mit den einzelnen Faktoren beschäftigen, die auf den Ausgang eines Krieges von so großer Bedeutung sind. Nur wenn es ihm gelingt, alle Kräfte des Volkes zu mobilisieren, kann er für die taktischen Aufgaben der Kriegführung die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Taktik ist nach Clausewitz die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht bezw. dieser Gebrauch selbst. Die Strategie stellt der Taktik die Mittel zum Sieg zur Verfügung und macht ihr zur Aufgabe, denselben zu erringen. Die Strategie ist ihrerseits abhängig vom Erfolg der Taktik.*)

Da also der Stratege zur Durchführung seines Planes alle kriegswichtigen Faktoren ansetzen muß, muß er in diesem Plane folgerichtig auch die Vorarbeiten, durch welche die einzelnen Faktoren des potentiel de guerre zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit entfaltet werden sollen, angeben, sodaß sie in der von ihm gewünschten Weise durchgeführt werden können. Daraus ergibt sich, daß alle diese Arbeiten, die letzten Endes dem Zwecke der Landesverteidigung dienen sollen, wie auch die Vorarbeiten zur wirtschaftlichen Mobilmachung unter militärischer Leitung bezw. Aufsicht vor sich gehen müssen. Das Ausland, z. B. die Vereinigten Staaten, England, Italien u. a. m., haben diesem Erfordernis bereits Rechnung getragen, indem sie dafür sorgen, daß Offiziere und Reserveoffiziere auf besonderen Akademien ausgebildet werden, damit sie die technischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die sich bei den Vorarbeiten zur wirtschaftlichen Mobilmachung ergeben, erfüllen können.

Der Staat muß durch geeignete Gesetzgebung der militärischen Führung die Grundlagen zu ihrer Arbeit schaffen. Daher ist bei diesen Arbeiten engstes Zusammenwirken zwischen militärischer und politischer Führung unerläßlich, da sie in das gesamte Leben eines Volkes tief eingreifen und einschneidende Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur des ganzen Landes hervorrufen. Vielfach wird der Offizier nicht in der Lage sein zu überblicken, welche Folgen eine von ihm im Interesse der Landesverteidigung aufgestellte Forderung auf Umgestaltung eines Wirtschaftszweiges hat. Hier muß die politische Führung versuchen, diese Forderung mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Diese Aufgabe haben die sog. Landesplanungsstellen zu erfüllen. Bei den großen Gefahren, die ein heutiger Krieg für ein nicht oder nur unvollkommen vorbereitetes Volk mit sich bringt, muß grundsätzlich festgestellt werden, daß es keinen Widerstreit zwischen militärischer Notwendigkeit und volkswirtschaftlichem Interesse geben darf. Daher müßte ein „wirtschaftlicher Generalstab" gebildet werden, der die ihm gestellten Aufgaben zur Mobilisation aller Kräfte einer Nation — also des potentiel de guerre — durchzuführen in der Lage ist. Verschiedene Länder haben diese Notwendigkeit bereits erkannt und berücksichtigt, indem sie in das Gefüge ihres Generalstabes eine wirtschaftliche Abteilung eingebaut haben.

So hat sich das Arbeitsgebiet eines Strategen in den letzten Jahrzehnten gewaltig vergrößert, da alle Lebensgebiete eines Volkes für den Ausgang eines Krieges von Bedeutung sind und er sie also in seinem Plan in Ansatz bringen muß. Die Arbeit des Strategen hat also die gleiche Wandlung durchgemacht,

*) Nach Clausewitz, zitiert im Seminar H. Wagenführ — Dr. Blau.

wie sein eigentliches Arbeitsgebiet — der Krieg — auch von einem Kriege der kämpfenden Truppe zum Kampfe ganzer Völker geworden ist, wobei jeglicher Unterschied zwischen Front und Heimat auf Grund der modernen Waffen und der geänderten humanitären Anschauung gefallen ist. Daher muß auch der Stratege den größten Wert auf die Stärkung des potentiel de guerre seines Landes legen, diese kann er aber nur durch die Mobilisation aller Kräfte, die in seinem Volke liegen, erreichen.

Literatur-Verzeichnis.

Gen.Lt. Friedrich v. Cochenhausen: Die Wehrwissenschaften der Gegenwart, Berlin 1934.

Helle et Ache: La défense nationale et ses conditions modernes. Félix Alcan, Paris, 1932.

Dr. K. Hesse: Der kriegswirtschaftliche Gedanke. Hamburg 1935.

Dr. O. Korfes: Grundsätze der Wehrwirtschaftslehre. Hamburg 1936.

General Ludendorff: Der totale Krieg. München 1936.

Dr. J. W. Ludowici: Das deutsche Siedlungswerk. Heidelberg 1935.

O. v. Niedermayer — J. Semjonow: Die Sowjetunion. Berlin-Grunewald, 1934.

J. Schmitt: Wirtschaftliche Mobilmachung. Potsdam 1935.

R. v. Schumacher: Der Raum als Waffe. Berlin 1935.

Dr. J. Semjonow: Die Güter der Erde. Berlin 1936.

R. Wagenführ: Kriegswirtschaft. Berlin 1935.

„Das Auseinanderlegen der Industrie“ aus „Armée et démocratie“, 12. Jahrgang, Nr. 7. (Frankreich.)

„Wirtschaftliche Mobilisierung“ aus „Militärwirtschaftliche Mitteilungen, 65. Jahrgang, Februar — Aprilheft. (Oesterreich.)

„Die wirtschaftliche Mobilmachung im Ausland“ aus „Revue militaire française“ Nr. 151.

Oberst v. Dietfurth: „Paul-Boncour und sein Gesetz über die Organisation des Volkes im Kriege“, Wissen und Wehr, Heft 4, 1935.

B. H. Jahn: „Grundsätze der Kriegswirtschaft“, Wehrtechnische Monatshefte 1935, Heft 8.

„Der wirtschaftliche und militärische Aufbau des Fernost-Gebietes in der U. d. S. S. R.“, Militärisches Wochenblatt 1935, Heft 40.

Ruprecht: „Die Organisation der Kriegswirtschaft im Auslande“, Militärisches Wochenblatt 1935, Heft 42.

Ruprecht: „Offizier und Wirtschaftswissenschaften“, Militärisches Wochenblatt 1934, Heft 22.

v. Schwischow: „Die Ernährungswirtschaft als Wehrproblem“, Deutsche Wehr 1935, Heft 18.

„Die Kriegswirtschaft in der U. d. S. S. R.“. Deutsche Wehr 1935, Heft 5.

W. Marquardt: „Wehr- und Militärsiedlung in der polnischen Ostmark“, Reichsplanung 1936, Heft 2.

A. Kühn: „Japans Grenz- und Wehrsiedlung in der Mandschurei“. Reichsplanung 1936, Heft 2.

H. Lütke: „Die Theorie der produktiven Kräfte“. Berlin 1935.

O. Spann: „Kategorienlehre“. Jena 1924.

Mein Lebenslauf.

Ich bin geboren am 11. Dezember 1910 zu Pausin/Osthavelland. Nach 9-jährigem Besuch des Realgymnasiums Berlin-Treptow legte ich an dieser Anstalt im März 1930 mein Abitur ab. Im Sommersemester 1930 immatrikulierte ich mich an der Hindenburg-Hochschule zu Nürnberg (damals Handelshochschule). Am Ende des Wintersemesters 1934/35 bestand ich dortselbst die kaufmännische Diplomprüfung. Im Sommersemester 1935 immatrikulierte ich mich an der Universität Erlangen für Volkswirtschaftslehre. Der Tag der mündlichen Prüfung zum Dr. phil. war der 9. Februar 1937.